

Erste Preis
monatlich 60 Pfennig frei
im Haus, durch die Post
bezogen werden können
1,00 Mk. ohne Postgeb.

„Die Arzte Welt“
(Anzeigungsvertrag),
monatlich 10 Pfennig.

Verantwortl. Redakteur:
Schiffelung: Nr. 229.
Verlagsort: Halle a. S.

Der Sozialist

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Erscheint wochentags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde wochentags 7/12-7/11 Uhr mittags.

Anzeigengebühr
betragt für die gewöhnliche
Kolonialzeit ab dem 1. Mai
30 Pfennig.
Für ungewöhnliche Anzeigen
35 Pfennig.
Anzeigen anderer Art
bis zum 1. Mai 75 Pfennig.

Anzeigen
für die Halle
und den Saalkreis
monatlich 10 Pfennig
in der
Schiffelung
ausgegeben

Abbestellen
in die
Postzustellung.

Rüstet!

Genosse Ledebour schreibt uns:
In gewissermaßen einer Zeit rückt das Massenbewußte Proletariat in aller Welt zum Vorschein. Von Jahr zu Jahr ist die Gefahr der Massenkämpfe gewachsen, seit in den hundertsten Bedenktagen der französischen Revolution zu Paris das Malfein von internationalen Arbeiterkongressen eingesetzt wurde. Von Jahr zu Jahr aber auch hat der Kapitalismus neue Gebiete in den Kreis seines Wirtschaftssystems hineingezogen. Heute gibt es auf dem ganzen Erdkreis keinen unbesetzten Winkel, der nicht der wirtschaftlichen Ausbeutung durch kapitalistische Unternehmungen ausgesetzt ist und der nicht hineingezogen wäre in den Herrschaftsbereich eines kapitalistischen Staatsorganismus. Im Laufe der letzten 88 Jahre haben die kapitalistischen Staaten der alten und der neuen Welt einen ungeheuren Ausdehnungsdrang nachgewiesen. In dieser imperialistischen Verdrängung sind ihre Hauptziele noch nicht erreicht, hat wurde Afrika fast völlig von den europäischen Staaten unterjocht. Marokko und Tripolis kämpften noch einen letzten Verzweiflungskampf, nur Westafrika hat sich der italienischen Angriffe zu erwehren gewußt. Mit dem spanisch-amerikanischen Kriege traten die Vereinigten Staaten von Amerika durch Aneignung der Philippinen in den imperialistischen Wettbewerbs der kapitalistischen Großmächte ein. Japan und die Türkei haben noch rechtzeitig sich der Unterjochung durch andere kapitalistische Staaten entzogen, indem sie nach Überwindung des heimischen Absolutismus ihre Staatsformen auf kapitalistischen Grundlagern reorganisierten. In Europa scheint der gleiche Versuch zu der Lücke der europäischen Mächte zu scheitern. China aber ist auf dem besten Wege, das japanische Beispiel in bezug auf den Staatseinheitskampf über aus diesen Währungsprozessen hervorgehen werden, so viel ist sicher: ganz Asien ist nicht mehr in den Geltungsbereich des Kapitalismus eingetreten wie Amerika, Afrika und Europa selbst.

Jetzt aber nach dieser Verdrängung des kapitalistischen Ausdehnungsdranges bracht die gefährlichste Ausbeutungslücke, die keine nichtkapitalistischen Länder mehr als Schutzgebiete vor Augen hat, ein Gerate der kapitalistischen Mächte untereinander um die bereits besetzten Kolonialgebiete herbeizuführen.

Und das ist gerade die jüngste Koloniale Großmacht Europas, das Deutsche Reich, das dem gestiegenen britischen Kolonialreich unbenommen wird. Die künftige Welt geht dem fatten nicht den vollkommeneren Bau, und die letzte wird von Angst und Grimm gepackt od der gierig foudenden Kontraktanten, England und Deutschland würden aber nicht allein diesen im Kampf. Ein Weltkrieg um die imperialistischen Beute geht fluchtlos am Horizont herauf.

Mit dieser Gefahr wächst aber ebenso gewaltig die Aufgabe des internationalen sozialistischen und organisierten Proletariats als Hüter des Weltfriedens.

Noch immer nicht sind die Ziele erreicht, die der internationale Sozialismus sich zunächst als Zweck der Maidemonstration gesteckt hatte. Noch ist der Wappstundebog nur in wenigen Ländern und auch da nur in schwachen Anfängen durchgeführt. In unseren Tagen ähnen noch nach die gewaltigen Arbeitskämpfe, die in England wie in Deutschland in jüngster Zeit das Wirtschaftswesen erschütterten haben. Die praktischen Erfolge waren gering und wie bleiben. Als nächstes fiebernd aber nicht die antrittende Wirkung des Streiks auf Volkswirtschaft, Wucht und Zielsetzung der sozialistischen Bewegung sich erweisen.

Wie die diesjährigen haben oder auch schon die vorausgegangenen Arbeitskämpfe der letzten Jahre erweisen, daß auch die Kapitalisten sich international zusammenschließen und sich gegenfeitig von Land zu Land im Kampfe gegen die Arbeiter zu unterstützen suchen. Wie ja auch die kapitalistische Ausbeutung der Kolonialgebiete mehr und mehr ein internationales Gewerbe wird. Dieser internationale Charakter der Ausbeutung hält aber die Arbeiter nicht ab, hoch wiederum als international organisierte Gruppen sich untereinander im Konkurrenzkampf helfen zu beschließen, sei es auch mit Waffengewalt. Da es gibt gewisse Kapitalistengruppen, wie die Waffensieferanten, die ein gewerbliches Interesse am Kriege haben, und zwar an möglichst vielen, möglichst blutigen, materialzerstörenden Kriegen. So erklärt sich der scheinbare Widerspruch, daß die nünftlichen Kapitalisten, die Sympathie empfinden und betätigen bei den Kämpfen ihrer ausländischen Konkurrenten gegen deren arbeitende Landleute, doch diese Weltkapitalisten mit Krieg zu überziehen und zu diesem Zweck die Arbeiter des eigenen Landes für solche Meutereien patriotisch zu begeistern suchen.

Aber auch das was nicht zur Steigerung der Kriegsbegeisterung bei den Kapitalisten mit, daß sie sich der Hoffnung hingeben, durch einen Frieden, frühlichen und wie sie sicher annehmen, auch siegenden Krieg, aller inneren Schwierigkeiten Herr werden und mit dem äußeren auch den inneren Feind, das heißt das Massenbewußte Proletariat niederwerfen zu können.

Diese Rechnung hat zwar bedenkliche Löcher. Schon der russisch-japanische Krieg hat gezeigt, wach furchtbare Wirtlungen für alle beteiligten Länder ein Krieg mit den Mitteln der modernen Vorkriegszeit haben muß. Das kriegliche Japan sieht heute nicht mehr als Sieger in dem krieglichen Westeilen. Das unterliegende Russland bekam die Revolution weggelesen. Sie wurde oberflächlich unterdrückt, kann aber jederzeit wieder ausbrechen. Dafür sorgt die russische Weltbewußtheit der Jarengehenden. Was in der Randfigur sich ab-

spielt, wo Hunderttausende Kämpfern, konnte nur einen schwachen Vorgeschnad geben von dem, was Europa bezeichnen ist, wenn die modernen Willkürherrscher auf einander losgelassen werden. Gehen diese mörderischen Kriege zu Ende, so haben Sieger und Besiegte die Revolution im Leibe. Eine abermalige Wiederholung des kapitalistischen Vorkriegszustandes werden sich die unterdrückten und ausgebeuteten Völker nicht gefallen lassen. Aber das ist eben die Wahrheit des Kapitalismus nicht ein, die auf dem weltlichen Boden der heutigen Gesellschaftsordnung das goldene Kalb umtanzen. Das goldene Kalb ist die Unterjochung autoritäre Gesellschaft die Zeichen der Zeit zu deuten verstanden.

Mit das internationale, für das deutsche Proletariat insbesondere, ergibt sich daraus klar die Aufgabe für unsere Kampforganisation am 1. Mai. Wie werden die Solidarität aller Proletariate in ihren Arbeitskämpfen nicht nur, sondern auch in ihrer Wehr des Imperialismus und Militarismus zu befähigen haben. Zudem wird uns alle innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft gegen den Kriege gerichtetem Widerstand zumut machen, werden wir doch nicht betonen, daß nur die Arbeiterklasse als Klasse durch ihr Masseninteresse dem Kriege feind ist. Erst der Sieg des Sozialismus verbürgt endgültig den Frieden der Welt.

Schutzölle und Güterpreise.

Eine außerordentlich interessante Untersuchung über den Zusammenhang zwischen Schutzölle und Güterpreisen hat der Oberkellner v. D. Dr. Franz Hörens angefertigt in einer Schrift: „Die Preisbewegung landwirtschaftlicher Güter in den nördlichen Teilen Oberbayerns 1900-1909.“

Die von der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität München mit dem Vorgesetzten Schriftsteller zuerst die Bewegung der Güterpreise seit 1900, folgte die Zeit und die Zahl der Kaufabschlüsse innerhalb des Beobachtungsgebietes fest und kommt dabei zu folgenden, höchst bemerkenswerten Ergebnissen.

Mit 1903 ist die Zahl der Kaufabschlüsse verhältnismäßig gering, nämlich 1900: 196, 1901: 188, 1902: 192. Mit dem Jahre 1903 aber ändert sich die Lage. Die Zahl der Kaufabschlüsse steigt auf 273, um dann immer noch mehr zu steigen.

„Dieser Umwandelung“, bemerkt Hörens dazu, „läßt sich nur durch eine äußere Veranlassung erklären, und diese ist die am 25. Dezember 1902 erfolgte Bekanntmachung eines neuen Zolltariffgesetzes, welches mit Wirksamkeit vom 1. März 1903 den Einfuhrzoll auf Weizen, Roggen, Gerste und Hafer ganz wesentlich erhöhte. Eine Erhöhung des Zolles bewirkt aber höhere Einnahmen des für den Markt produzierenden Landwirts. Die sonach, allerdings erst für 1903, in sichere Aussicht gestellte Verbesserung der Lage übt aber sofort einen Einfluß auf die Preisbildung des Weizens aus; der zukünftige Gewinn wird schon in der Gegenwart gebrüder Getreidepreise. Von 1904 an erhöhen dann aber auch die Getreidepreise eine nicht unbedeutliche Steigerung.“

„Der Gewinn aus der Erhöhung der Preise ist naturgemäß für denjenigen Anbauvort zu erhöhen, der das meiste Getreide auf den Markt zu bringen vermag; je größer also der Besitz und je extraktreicher der Boden, desto größer auch der Gewinn.“

Die Wichtigkeit dieser theoretischen Behauptung wird durch die Tatsachen voll bestätigt. Betrachtet man die Preisurben des Weizenklasse über 20 Hektar, so findet man, daß die Preise der Güter mit guten Böden bedeutend mehr steigen, als die der Güter mit mäßigen Böden. Der Unterschied beträgt 1903: 4 Proz., 1904: 10 Proz., 1907: 15 Proz., 1908: 23 Proz. Wie verhältnismäßig der Preis mit der Größe der Güter steigt, kann in der Klasse „guter Ertrags, über 20 Hektar“, noch besonders gezeigt werden. Hier sind die Preise (die von 1000=2 = 100 gesetzt) gefolgt im Jahre

| | | |
|--------------------------------|-----------|------|
| bei 20-50 Hektar auf 127 Proz. | 1904 | 1908 |
| bei 50-100 „ „ „ 140 | 135 Proz. | 201 |

Im großen Ganzen beträgt die Steigerung der Güterpreise im nördlichen Oberbayern nach Hörens rund 40 Proz. Den unmittelbaren Anteil der Zollgesetzgebung an dieser Preissteigerung berechnet er auf 19 bis 20 Prozent. „Der Getreidezoll ist somit der schwermwiegendste Grund für die Steigerung der Preise landwirtschaftlicher Güter.“

„Was also, so fragt Hörens, der Schutzölle seinen Zweck erreicht? Für den Augenblick: ja; für die Dauer: nein! Der Zolltarif hat die Lebenshaltung angezogen und die Kaufpreise der Güter haben durch sie eine solche Höhe erreicht, daß von einer Rentabilität einzelner Anwesen schon jetzt, nach wenigen Jahren, nicht mehr gesprochen werden kann. Der Getreidepreiserhöhung ist die Preissteigerung des Schutzölles nicht beizufügen; er hat mit Menschen gerechnet, wie sie sein sollten, er hat sich daher verrechnet. Der Wirtschaftspolitik aber nimmt die Menschen, wie sie sind; er sieht im Getreide Schutzölle eine „Schraube ohne Ende“, zum Nachteil der Gesamtmannt, niemals aber ein Mittel zur „dauernden“ Befreiung der Landwirtschaft.“

Politische Ueberblick.

Halle a. S., den 26. April 1912.

Der Abbruch der Rüstungsdebatte.

Die erste Sitzung der Wehr- und Defensionsvorlagen ist am Donnerstag zu Ende geführt worden. Die Budgetkommission wird sich bei der nächsten Prüfung der Rüstungsvorlagen zu beschäftigen, während der Gesetzentwurf über das Finanzministerium einer Spezialkommission von 28 Mitgliedern übergeben worden ist. Ueber die Verteilung wird ein Kampf zwischen der Linken und der Rechten, bei der die Entscheidung — wie so oft schon — auf des Meisters Schiene stand. Die Schwarzblauen zogen die Behandlung in der Budgetkommission vor, vor allem um das Aufkommen neuer Vorschläge nach Möglichkeit zu erschweren. Aber mit 20 Stimmen die Mehrheit siegte die Linke. Ueber den Verlauf der Sitzung schreibt man uns:

C. B. Der parlamentarische Zwischenfall, der Mittwoch abend das Haus aufgeschüttelt hatte, kam auch heute kurz zur Erörterung. Der Fortschrittler Konrad Schumann sprach die Frage vor und griff den Kriegsminister wegen seiner unerhörten Herausforderung in der Duellefrage an. Herr v. Herting begnügte sich in einigen recht zahmen Worten auf die Erörterung in der Budgetkommission zu verzichten. Abgeordneter Spahn drohte: „Wir werden uns in der Kommission weiter sprechen.“

Um übrigen war der heutige Tag fast ausschließlich der Vorbereitung der Debatte über die Wehr- und Defensionsvorlagen gewidmet. Nur Herr Schumann ging noch einmal auf die Rüstungsfragen ein und berichtigte, daß seine Freunde dem Drängen nach erhöhter Treppenerhöhung „mit aller Energie entgegenzutreten“ werden. Kräftige freimündige Mannesworte, zu denen nur die tatsächliche Ablehnung der Fortschrittler schießlich passen wird. Auch der Abgeordnete Dietrich hielt eine Reichsverbandstreue zugunsten der Rüstungen.

Aber im übrigen war der Tag beherzt von der Diskussion über das Branntweinsteuerergesetz, in der unser dritter Fraktionsredner Genosse Wurm eine überaus bemerkenswerte Vorlesung der sozialistischen Stellung entwirrt formte. Aus der reichen Fülle umfassender Sachkenntnis schöpfte er überaus geeignete Argumente, die er mit vorzüglichem Material belegte. Sicher und klar in überlegener Beherrschung des gewaltigen und schwierigen Stoffes, brachte er die Auffassung der Partei von der bisherigen Branntweinsteuerergesetzgebung und von der borgelegenen Reform zum Ausdruck. Wie bisher die vornehmen Schnapsbrenner aus dem ärztlichen und geistlichen Stand der Kernten sich ihre Zäpfchen gefüllt haben, und wie auch die letzte Aufhebung der Liebesgabe ein Scheinopfer der Agitation ist, das in Wirklichkeit den Konsumenten zugunsten wird. Das Haus folgte dieser in klarer Klarheit vorzutragenen Darstellung mit gespanntester Aufmerksamkeit, und die Männer der Spiritusgenossenschaft selbst, an ihrer Spitze der etwa gleichmütige Herr Sträß, mochten kaum, sich zu rühren. Es erwiderte nur Steierfeld, als am Schluß der Sitzung eben Herr Sträß den Versuch machte, die Wiederlegung dieser Rede für eine spätere Zeit anzukündigen. Wenn die Mehrheit des Hauses wirklich geneigt ist, zur Deckung der nun einmal von ihr gemachten Rüstungsausgaben auf vernünftige und gerechte Weise voranzugehen — auch nach dieser Richtung hin hat die Rede des Genossen Wurm klare Wege gezeigert.

Die Neben des Vollparlamentes Schwärzler, des Zentralratspräsidenten Gehring und des hiesigen Reichstagespräsidenten v. Nagom.

Im Kampfe mit der Reaktion.

Das preussische Volk hat sich am Donnerstag die zweite Sitzung des Staats des Reichstages des Innern. In der Generaldebatte sprach zunächst Abg. Bachmann (fortschrittliche Volkspartei), der an die Spitze seiner Ausführungen die Wahrschritte stellte und die endliche Freilegung des Dreiklassenwahlsystems und seinen Ersatz durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht forderte. Sodann be sprach er die zahlreichen Verträge gegen das Vereins- und Versammlungsrecht und die Lebensgriffe der Landräte, die vielfach nicht weiter als sonderbare Wahlmacher sind. Ebenso übte er Kritik an den bekannten Erlassen des Berliner Volksparteipräsidenten v. Nagom.

Der Minister des Innern v. Dallwitz nahm die Landräte und Herrn v. Nagom gegen die Anklagen des Abg. Bachmann in Schutz. Nach seiner Darstellung gibt es auf der ganzen Welt keine so unparteiischen Beamten, wie die preussischen Landräte. Daß wir eine parteiische Regierung haben, bestreitet er auf das entschiedenste und ebensowenig gibt er Verdächte gegen das Vereinsrecht in größerem Umfang (!) zu. Den Schluß seiner Rede bildete eine scharfe Abfange an die Wahlrechtstreuen in Preußen. Das Wort des Königs, daß das Wahlrecht organisch weiter gebildet werden müsse, hat die Regierung seiner Meinung nach durch ihre Wahlrechtsvorlage vom Jahre 1910 eingeleitet; an eine neue Vorlage denke sie im Augenblick nicht, die Übertragung des Wahlrechts auf Preußen wolle nicht kommen für sie überhaupt nicht in Frage.“

Als zweiter Redner bekam Genosse Dietrich das Wort. Die Wehrpartei hatten sich dahin verständigt, nach dem

alten Gemohnheit abzuweichen und den Rednern der Oppositionspartei genügt das Wort zu gelassen, damit sie nachher gegen diese polemisieren, ihnen selbst aber eine Erwiderung abzugeben können. Die 24stündige Rede Liebnechts bildete eine gründliche Abrechnung mit der innerpolitischen Verwaltung in Preußen. In der Hand eines umfangreichen Materials zeigte er, wie die Nation auf Schritt und Tritt verachtet, wie der Volksgeliebte wahre Organe feiert, und wie Preußen auf allen Gebieten hinter den übrigen Bundesstaaten weit zurückbleibt. Doch unter Genossen mit Entschiedenheit für das allgemeine Wahlrecht eintrat, bedarf keiner besonderen Betonung. Auf der Rechten und im Zentrum wurden seine Ausführungen mit steigender Unruhe aufgenommen. Diesen Herren war offenbar sehr unbehagen, daß Liebnecht nicht nur der Regierung, sondern auch den Mehrheitsparteien bittere Vorwürfe machte. Der Anwalt der Mehrheit kam in förmlichen Entrüstungsäußerungen zum Ausdruck, aber unter Genossen ließ sich nicht aus dem Konzept bringen. Am Ende seiner Rede wurde er dreimal hintereinander zur Ordnung gerufen; aber da er den dritten Ordnungsruf erst bei dem letzten Wort erhielt, konnte ihm das Wort nicht mehr entzogen werden. Nachdem er bereits aufgehört hatte zu sprechen, wurde er nachträglich noch wegen „Belächelung des russischen Reiches“ zum vierten Male zur Ordnung gerufen. Der Präsident v. Erffa bediente sich hierbei einer Nebenbemerkung, die er von Mitgliedern des Hauses gebraucht, zu rügen pflegt. Andere Genossen ließen sich das natürlich nicht gefallen, und so kam es zu fünf förmlichen Szenen, welche die Mehrheitsparteien durch Zuschiebung aller Art unangenehmer zu belästigen verstanden. Die Sitzung schloß in großer Hast.

Freitag wird die Debatte fortgesetzt, es werden dann hintereinander einige konterative Redner sprechen.

Sozialdemokratische Anträge. Zu der Beratung des Ministeriums des Innern hat die sozialdemokratische Fraktion eine Reihe von Anträgen eingebracht. Ein Antrag fordert die Regierung auf, so bald als möglich einen Gesetzentwurf zur Regelung und Reform des Zurechtens vorzunehmen. Ein anderer Antrag verlangt eine Anweisung an die Verwaltungsbehörden und eine Gesetzesvorlage, nach der der Gebrauch fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen allgemein gestattet wird, und ferner eine Anweisung an die Behörden, demnach gemäß § 9 des Reichsvereinsgesetzes für Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge die Einholung der Genehmigung durch eine öffentliche Versammlung erletzt wird. Ein dritter Antrag endlich richtet an die Regierung das Ersuchen, so bald als möglich einen Gesetzentwurf zum Schutze der persönlichen Freiheit der Staatsbürger gegen behördliche Eingriffe vorzulegen.

Zum Jesuitenhandel.

Zur tollen bayerischen Auslegung des Jesuitengesetzes wird gemeldet: Der Geschäftsführer des bayerischen Bundesratsvorsitzmännlichen Grafen Barchfeld ist es gelungen, den Streit zu lösen, daß es weder einen Sieger noch einen Besiegten gibt. Wie verlautet, hat Freiherr v. Hertling das Zugeständnis gemacht, daß der Erlaß für 6 Monate für die Jesuiten, die jedoch auf das Konto des früheren Kultusministers v. Behner zu setzen sind. Der Reichsanwalt dagegen hat in zwei Punkten die Interpretation der bayerischen Regierung zum Jesuitengesetz anerkannt. Freilich sind es gerade jene Punkte, die das ganze Gesetz zugunsten der Jesuiten entscheiden. — Stimmt diese Meinung, so hat das Zentrum einen glatten Sieg erlitten. Die Reichsregierung mag es nicht, das Zentrum gerade im Augenblicke der Heeresforderungen zu zeigen und gibt nach. Daß dadurch in Bezug auf das Jesuitengesetz ein Weichschwartz gemacht wird, spielt keine Rolle. Die herrschenden Klassen haben noch von jeder die Befehle zu ausgelegt, wie es ihnen paßt.

Die Sklaverei in Deutschsüdafrika.

Die Vorkommission des Reichstages trat am Donnerstag in die Beratung des Etats für Oshana ein, wobei es zu einer längeren Debatte über die Sklaverei in dieser Kolonie

kam. Das Zentrum forderte die Aufhebung der Sklaverei ab 1. Januar 1902. Abgeordneter Erberger führte dazu aus, daß die Hausflaverei in einzelnen Bezirken noch sehr im Schwunge sei, trotz aller Freiheits- und der Posten. Die Preise für Sklaven sind fortgesetzt gestiegen; sie werden unter Wittekränzen von 25 bis 30 Schilling und steigen bis 75 Rupien. Es gibt Sklavenhändler, die 500 bis 600 Sklaven wieder verkauft. Während im Jahre 1910 insgesamt 4088 Freiheitserteilungen sind, ist allein in Tabora die Zahl der Sklaven um 15 000 gewachsen. Gouverneur v. Neuenberg wendete vor allzu eiligen Schritten, weil eine Menge großer Schwierigkeiten zu überwinden sein werden; aber der Aufhebung der Sklaverei stimme die Regierung zu. Die Nationalliberalen Pascha und v. Micholson übertrugen durch fundamentale Überlegungen über den ungelassen alles meinlichen und schlichten Charakter der Sklaverei. Dr. Solz hat die Annahme der Resolution bis zum nächsten Jahre zu verschieben, um dem neuen Gouverneur nicht sofort große Schwierigkeiten in seinem Amte zu bereiten. Die Resolution Erberger wurde angenommen.

Weil der bisherige Gouverneur v. Neuenberg Leute, die sich am Alltagsleben anziehen wollten, über die dort herrschenden unangünstigen klimatischen Verhältnisse aufgekürt, also in durchaus vernünftiger Weise seine Antipathie erfüllt hat, wurde er von den Nationalliberalen heftig angegriffen. Der Gouverneur jedoch führte die Nationalliberalen kräftig ab.

So werden Wahlen gemacht!

Die Konfessionellen im Wahlkreise Spandau-Ordnungsbereich, daß sie mit ihrem feierlichen Vertreter, Fischermeister Kauf, durchfallen würden. Sie gaben ihm den Kaufpaß und Hien aus durch. Herr Pauli aber fehte wieder in der Reichstagswahl, er hatte in dem medienburgischen Wahlkreise 8 gegen 6 Stimmen erhalten einen Unterwahlpaß gefunden. Bei der Hauptwahl erhielt er dort 7063 Stimmen, der Sozialdemokrat erhielt 6151, der Fortschrittler 6140 Stimmen. In der Stichwahl siegte Pauli mit 9865 gegen 8755 Stimmen.

Gegen die Hauptwahl haben die Fortschrittler Protest erhoben, weil eigentlich nicht der Sozialdemokrat, sondern der Fortschrittler mit Pauli in die Stichwahl hätte kommen müssen. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages benötigte zur Prüfung dieser Wahl fast drei Sitzungen. Dies lag in der Hauptsache daran, daß in diesem Wahlkreise eine möglichst große Anzahl ganz kleiner Wahlbezirke gebildet wurde. Weist sich ein Wahlbezirk als ungültig aus, so muß ein anderer Wahlbezirk oder der Wähler war dann Wahlvorsteher, seine Angehörten waren die Wähler und die Wahl. Der Wähler bestand aus den Anketten. Nicht weniger als 78 Wahlbezirke waren vorhanden, die höchsten 25 Wähler aufzuweisen hatten. So hatte der Wahlbezirk Dorf-Weidenbor 25 Wähler, der Bezirk Hof-Weidenborf (Rittergut) 13 Wähler, wozu letztere einstimmig Herrn Pauli wählten. Als Wahlurnen dienten: Suppenkücheln, Biagrenkücheln, Suppenkücheln, ein Maßfäßchen und andere völlig ungeeignete Gefäße. Die Wählerinnen und ihre Wögte besprochen Lang und Freiheit, falls Pauli gewählt würde; einer der Wögte ging sogar so weit, daß er sich von den Wählern berechtigt ausstellen ließ, in denen sie sich verpfllichten. Herr Pauli zu wählen, er hatte in dem Wahlbezirk ein Wahlzettel vom Gutsinspektor kontrolliert worden. Daß die abgegebenen Wahlzettel genau aufeinander gestimmt wurden, muß die Stimmabgabe kontrollieren zu können, wurde mehrfach behauptet. In einem Wahllokal war ein abgeschlossener Raum überhaupt nicht vorhanden. In einer ganzen Anzahl Orte hatten die Wahlvorsteher die Wahlhandlung bereits um 11, 12 oder 2 Uhr geschlossen, was schon alle Wähler abgestimmt hatten. Von einem Anketten ließ der Wahlvorsteher den Stimmzettel einfach abholen und legte ihn in die Urne. Die ganze Art, wie in diesem Wahlkreise gewählt wurde, ist einfach fandaßig; sie bildet ein treffliches Seitenstück zu der Art, wie in Meiblen Wahlen gemacht werden.

Die eingehende Prüfung ergab schließlich folgendes Resultat: Sozialdemokrat 6137 Stimmen, Fortschrittliche Volkspartei 6149 Stimmen. Demnach hätte nicht der Sozialdemokrat, sondern der Fortschrittler mit dem Konfessionellen Pauli

in die Stichwahl kommen müssen. Damit ist die Wahl des Abg. Pauli ungültig. Referent v. Neuenberg hat die Wahlprüfungskommission über das Resultat noch genau zusammengefaßt, so daß am Dienstag die Kommission das Mandat des Herrn Pauli faktieren wird.

Deutsches Reich.

— **Sicherung des Heeresverkehres.** Die Nordb. Allgemeine Zeitung meldet:

Am 3. Juni infolge Anregung des Kaisers in Potsdam des Innen und Leitung des Staatssekretärs eine Kommission, um die bei der bevorstehenden Beratung in erster Linie die praktischen Elemente, die täglich den Kampf mit den Elementen ins Auge fassen müssen, gehört werden. Wenn man die Sache als eine Frage des Profits behandelt, wird nichts Durchgreifendes und nichts Ganzes geschaffen werden.

— **Das Loth der Nahrungsgüter.** Der Deutsche Reichsbankverein macht gegen die Plattenvorlage weiter mobil. Seine „Mittelungen“ schreiben u. a.:

Unbegreiflich ist ferner, daß der bekannte Mangel unserer Notte an modernen Bankerzeugern, der ihre strategischen wie taktischen Operationen aufs empfindlichste beeinträchtigt, in seiner Weise durchschüssig und mit einer Bemerkung des Bedauerens als „zurückgestellt“ bezeichnet wird, obgleich nach Lage der Umstände eine Zurückstellung gleichbedeutend mit einem entgeltlichen Verzicht sein dürfte. Es scheint uns unmöglich, daß die Plattenvorlage in dieser nicht nur unzulänglich, sondern sogar gegenwärtige Vorteile preisgebend den Gehalt des Geldes zu mindern bei der bevorstehenden Beratung in erster Linie die praktischen Elemente, die täglich den Kampf mit den Elementen ins Auge fassen müssen, gehört werden. Wenn man die Sache als eine Frage des Profits behandelt, wird nichts Durchgreifendes und nichts Ganzes geschaffen werden.

— **Der Zentrumsvorstand in der Kirche.** Es ist zwar etwas sehr altes, daß der gesamte Klerus sich in den Dienst der Zentrumsvorstände stellen. Aber da gerade von Zentrumsvorstand immer wieder bestritten wird, daß die Kleriker ihr Amt zu politischen Geschäften mißbrauchen, ist es auch, wenn von Zeit zu Zeit Tatsachen mitgeteilt werden, die die agitatorische Tätigkeit der Geistlichen unanfechtbar erweisen. In Weiden in der Oberpfalz (Wabern) wurde am letzten Sonntag den Kirchgängerinnen an der Kirchenfeier der folgende Zettel ausgeteilt:

Katholischer Arbeiterinnenverein Weiden.
Ich melde mich zum Eintritt in den katholischen Arbeiterinnenverein zu Weiden. — Name. — Wohnnung.
Dieser Zettel ist auf dem Altar der Heiligen Familie (an der Sakristei) niederzulegen.
Die Weiden katholischen Frauen werden bei einer in dieser offiziellen Form vorgenommenen Agitation natürlich nicht gegen ihre Mitgliedschaft bei dem katholischen Arbeiterinnenverein auf dem Altar der Heiligen Familie niederzulegen.

England.

Staat und Eisenbahnen in England. Man schreibt uns aus London: Die englischen Eisenbahnen haben von der Regierung Unterstützung die den Eisenbahnen seit dem letzten Jahres beendete, und von den Vorkämpfern der hiesigen Sozialdemokratischen Kommission für positive Verbesserungen angenommen, daß sie vielleicht in kurzer Zeit zu einem neuen Generalrat getrieben werden. Aber die Eisenbahngesellschaften lassen sich

15) Die Mutter. (Nachdr. verb.)

Erzählung von August Friedrich Krause.

Und nun kam er sich selbst so bemitleidenswert vor, daß er sich hinsetzte und heulte wie ein kleines Kind.
„Weißt du, man nicht mehr, Gelsb kriegt man Feens, jedes Teen Gläsel Schenap wird einem mehr vergnügt! Ich, jedes nee, was soll man denn noch auf die Welt!“
„Ich mich ja nicht auf die Welt, was gefocht wird“, tröstete der Schütler.
„Du wirst amal feine, die macht, was sie will! Die schon!“
„Do sein mir do noch mal!“
„Wirt! Wirt! Wirt! Wer denn: Wirt! Ich kann nicht machen gegen sie und du doch noch nicht, na gel!“
„Was soll's machen, hä?“
„Was? ... Nicht! ... Du mußt's machen!“
„Wullos ließ der Meister Kopf und Schultern wieder hängen und seufzte nur.
„Do padte der Schütler ihn an den Schultern und rüttelte ihn.
„Wend, du bist doch ein Mann, du hast doch Marks in a Knochen!“
„Was soll ich denn machen, hä?“
„Ich mer dir's schon sagen. Du mußt do tun, was ich dir sag!“
„Ich nee, nee, Ich mich od! Ich bring' mich nicht mehr zuwege!“
„Wahr nicht, ich mer dir schon helfen!“
„Es war etwas Zwingendes in des Schütters Worten, im Klang seiner Stimme, im Blick seiner Augen, dem der Meister sich fügte.
„Im Hüfterton, der seinem Reden etwas Geheimnisvolles und damit eine noch größere Gewalt über den Schenapen gab, sprach der Kleine auf den Freund ein, und je länger er sprach, um so mehr fühlte der: ja, so muß es gehen! Und es kam Kraft über ihn und Sonne in sein Gemüt, daß er die Mutterloftete, die ihn zuvor niedergedrückt hatte, nicht mehr beartete.“

nie niemals gebraucht wurde, mit allerhand Bergwerk und Bergbau verbunden war. Es warerte ihn, daß er aber nicht nicht so fand, wie er gedacht hatte und es früher bei gewohnt war, warf alle durcheinander und konnte doch damit nicht zu Hande kommen, weil er im Grunde nicht recht wußte, was er tun sollte.

Er mußte die Leitung des Geschäftes wieder selbst in die Hand nehmen, hatte der Schütler, wenn nicht eine Zeitung, und sich mehr in der Werkstatt lassen lassen. Aber er wußte gar nicht, was zu machen war, wer Arbeit bestellt hatte, wann sie geliefert werden sollte, welcher Preis ausgemacht worden. Da er den Gesellen gegenüber sich keine Mühe geben und nicht viel fragen wollte, fand er in dem, was er sah und in dem hinterherum von den Leuten erfuhr, auch nicht zurecht. Es witzelte ihm der Kopf von all dem, was er früher so leicht übersehen hatte, daß er von der Untertreibung wie betrunken war, und er hatte doch heute noch keinen Tropfen Schenap zu sich genommen.

Da kam zum zweiten Frühstück, das der Meister alter Gewohnheit gemäß in der Wohnuna einnahm, wie ein Pletter in der Not der Schütler; er hatte eine kleine alkoholische Stärkung bei sich, und die brachte den Meister bald auf den Damm.

Mit einem merkwürdigen, immer größer werdenden Verwundern, das sie sich aber weder in Worten noch in Taten äußerte, sah der Pletter, wie der Frau alle diese Vorrede beobachtet, und mitlautlich witterte sie dahinter die Vorberbereitungen zu einem neuen Schenap.

Glück hat, als wäre amitten ihnen nie etwas gefehlt. Auf des Freundes Einladung langte er mit einem tiefen bedrückten Blick auf seine Gewerke, beim Frühstück eine Zeitung, und die Frau Wittern erlaubte, ihm ließ sich Mundschmei und Unterbrot prächtig schmecken!

Es war, als hätte des Kleinen Gegenwart Meister Mother neue Kraft gegeben; er wurde lebendiger, wußte, was er wollte und sollte, und ließ sich immer von der Schütler heimlich angeleitet, von der Frau berichtigt über alle Vorkommnisse, die in der Werkstatt und in der Arbeit, tat nichts und trant nur — die Leute, und die Stellen beirieteten das späthliche Wächeln. Mit einem Male hatte Mother die Herrschaft über das Geschäft wieder an sich gerufen.

Und so war es nun Tag für Tag, aber nur solange der Schütler im Saufe war. Wenn er gegangen war, verfiel der Raqellonner allmählich wieder in seine alte Art: die Lebhaftigkeit nahm von ihm ab, wie eine Maste, seine Gesichtszüge nahmen den dumpfsten Zerkensdruck an, den sie in den letzten Jahren immer gezeigt hatten, er kümmerlich sich nicht um die Werkstatt und um die Arbeit, tat nichts und trant nur — als wenn nur der Wille des Freundes lebendig in ihm gewesen und mit seinem Ansehen von ihm getrieben wäre.

Darum war Glückselig, ließ sich in der Frikchele, jeden Tag, oft, wenn er sich nicht machte, von Morder bis zum Abend. Er ging im Saufe immer, als wäre es sein eigenes,

mann Eisenstark war, fehte er sich mit an den Tisch, nach dem Mittagessen die Tisch, er wie er das gewohnt war, auf dem Sofa feht schliefen, und hatte er sehr prächtig, wie er schlief, er gar sein Handwerk und die Arbeit mit und Kopfe in der Wohnkne lüftig pflegend seine Schuhe, während Morder in der Werkstatt drüben tat, wozu der Wille des Freundes ihm gelang.

Willa hatte die Meisterin sich alle Geschäfte aus der Hand nehmen lassen, wenn sie heimlich auch über allem wachte und da und hier ihre Mühseligkeit bei dem katolischen Arbeiterinnenverein, wenn der Meister seine schlaffen Stunden bekam. Auch den Schütler, der ihr in der Seele zuwider war, duldete sie im Laufe, ohne eine Miene zu verziehen, vielleicht nur, weil sie sah, daß er einen günstigen Einfluß auf ihren Mann auszuüben vermochte, den sie nicht mehr haßte.

Nur eines ließ sie sich nicht abnehmen, worauf die beiden Männer es am meisten absehen hatten: die Kaffe. Zwar Morder, da der Meister nun wieder einen größeren Teil des Lohnes in der Werkstatt fand, machte Kappbedräge für Reparaturen und kleinere Arbeiten in seine Kasse; größere Summen aber, über die Rechnung ausgelegt und quittiert werden mußte, lieferte die Frau selbst ein. Sie hatte die Kassen, die alle wußten, unter welchem Preuz sie feuchte, gebeten, Zahlungen nur an sie zu leisten, und fast alle Lamen dieser Bitte nach zum Anseher der beiden Inzertennücheln, die ihren Mann nicht lieh ihr Ziel auf dem einmal betretenen Wege weiter verfolgten.

Seit Monaten war eine große Inneneinrichtung für einen neuen Gehhof in der nahmen Reichshof im Werte von einigen tausend Mark in Arbeit, an der eifrig gefacht werden mußte, wenn sie rechtzeitig fertiggestellt werden sollte. Da kam es denn zu Watten, daß der Meister zu Heißig, die Frau, noch immer von Mißtrauen erfüllt, wunderte sich oft im stillen, daß es tat und wie sehr der Freund ihn immer zu Heißiger Tätigkeit anpornte. Sie konnte ihm gerne den Heißigheitswahn, die ein oder zwei Glas Bier, die er mitläng trant, aber das abendliche Kirschamelenie erfüllte sie nicht wieder auf eine mit Unruhe, obgleich der Mann, vielleicht unter dem Einfluß seines Freundes, nun schon lange nicht mehr angetrunken heimgekommen war. Da er sich den Tag früher, um Mitternacht lag er jetzt meist schon im Bett.

Dem Schütler wußte Frau Morder aus, wie sie konnte, es war ihr nicht möglich, seinen Mißgünstigen Blick, das heimsich triumphernde Aufsehen in seinen Augen zu ertragen. Unter dem Vorwande, in der Küche zu tun zu haben, blieb sie im Haus, um dem gemeinlichlichen Maßgeiten fern.

Um so lieber und regelmäßiger, wie der kleine Reul dabei, der Vater schon ihm manden guten Siffen in den Mund, um die fräuzer Mutter, für die er mehr Acht als Auneigung empfand, ihm dorentlich, und der Anteil Glück war immer gar so lüftig, das hatte er so gern wie sein Vater.

(Fortsetzung folgt.)

berichts von der Regierung dem Volke die Rechnung präsen-
tieren, und da wird mit der Streibe wahrhaftig nicht gepart.
Bei der Beilegung der Gesellschaften machte die Regierung in ihrem
Freiheitsbericht den Gesellschaften die Zugabe, daß sie sich für
eine etwaige Erhöhung der Zölle durch eine entsprechende
Erhöhung der Eisenbahn-Tarife wüchsen Schadens
erheben dürfen. Im ihr den Eisenbahndirektoren gegebenes
Versprechen einzulösen, hat die Regierung jetzt eine Vorlage
im Parlament eingebracht, denn die Maximaltarife der eng-
lischen Eisenbahnen sind gesetzlich festgelegt, und selbst Tarife-
erhöhungen, die sich innerhalb des gesetzlich zulässigen Maxi-
mums halten, sind wichtigen Beschränkungen unterworfen.

Nun gehalten man mit Staunen, daß die Regierung die Ge-
legenheit benutzte hat, um in die Vorlage Bestimmungen hinein-
zuschmuggeln, die mit dem Streik oder Lohnerhöhungen nichts
zu schaffen haben, aber die Privilegien der Eisenbahngesell-
schaften erweitern und die bisherige Kontrolle des Parlaments
illusorisch machen. Die wichtigste dieser Änderungen ist in
der 2. Klausel der Vorlage enthalten. Nach dem jetzt geltenden
Gesetz von 1894 kann jedermann gegen eine Tarif-erhöhung
Klage erheben, und der Beweis dafür, daß die (sich natürlich
innerhalb des Maximums haltende) Tarif-erhöhung nicht un-
angemessen sei, obliegt der Eisenbahngesellschaft. Das ist ja
fast natürlich, denn einem außenstehenden Privatmann fehlt
ja das ausreichende Material zum Gegenbeweis. Diese Be-
weislast wälzt die jetzige Vorlage auf den
Kläger, und die Gesellschaft hat nur zu zeigen, daß die aus
der Tarif-erhöhung sich ergebende Mehrerlöse die Verbesse-
rung der Arbeitsbedingungen decken soll. Die praktische Folge
der Änderung wird sein, daß keine Tarif-erhöhung mehr be-
langt werden kann, weil niemand die Beweislast auf sich
nehmen wird.

Eine andere Bestimmung der Vorlage gestattet den Eisen-
bahngesellschaften, miteinander Vereinbarungen zu
treffen in bezug auf den Betrieb und die Leitung
ihrer Eisenbahnen, die Festlegung, Verteilung und Einhebung
der Fahr- und Transportkosten. Kurzum, das ist
eine gesetzliche Ermächtigung zur Kartellierung
der Eisenbahngesellschaften, eine Politik, die bisher so-
wohl vom allgemeinen Publikum, wie von den Eisenbahn-
arbeitern bekämpft worden ist, da jede bisherige Einschränkung
der Konkurrenz von den lediglich auf Profit ausgehenden Gesell-
schaften zur härteren Ausbeutung beider benutzt worden ist.
Die Vorlage verlangt nur, daß das Handelsministerium von
einer solchen Vereinbarung in Kenntnis gesetzt werde, welches
sie dann, wenn es will, veröffentlichen kann. Im Erlaubnis
brauchen die Gesellschaften nicht zu fragen.

Eine Neuerung, gegen die sich die Arbeiterpartei vor-
 allem wendet, gestattet den Eisenbahngesellschaften den Ankauf
von Ländereien auf Grund einer Regierungsbewer-
dung, während bisher dazu stets eine besondere Parlaments-
erläute nötig war. Diese Eisenbahnvorlagen, von denen jähr-
lich eine ganze Anzahl das Parlament passiert, sind jetzt die
stärkste Waffe der Eisenbahner gegen die Gewerkschaften, denn
ihre Parlamentsvertreter können bei jedem solchen Anlaß die
Lage der Eisenbahner zur Sprache bringen, manchmal auch
durch die Drohung der Blokkierung der Vorlage die Gesell-
schaften zur Verbesserung der Arbeits-
bedingungen zwingen. Gerade deshalb empfinden die Gesell-
schaften es als eine Last, bei jedem Landankauf erst eine
Parlamentsvorlage einzubringen, und die Regierung erteilt
sich ihnen nur zu gern gefällig.

Diese reaktionäre Vorlage wird schließlich glatt erledigt
werden. Der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschafts-
kongresses hat sich mit ihr befaßt und beschlossen,
die Arbeiterfraktion zu ersuchen, die Vorlage zu bekämpfen.
Auch die allgemeine Unternehmerklasse rüstet zum Kampfe
gegen die Vorlage. Von allen Klagen der englischen Indus-
triellen ist die, daß die profitlüsterne Politik der Eisenbahn-
gesellschaften ihnen die Konkurrenz mit dem Ausland ersch-
wert, wohl die am wenigsten unbedenkliche. Aber bisher
kam man nicht zum Ziel, denn es wohnen zwei Seelen in der
Brust des englischen Kapitalisten; er ist nicht nur Kapitalist
in seinem engeren Beruf, sondern auch Eisenbahnaktionär.
Wozuf er als Industrier oder Kaufmann nicht genug
schimpfen kann, das verteidigt er ebenso eifrig als Eisenbahn-
aktionär.

Südt.

Die Darbanellen bleiben gefeiert? Die allgemeine Strömung,
ber auch einige Minister während des gestrigen
Ministerrats Rechnung trugen, ist gegen die Öffnung
der Darbanellen gerichtet. Man sieht an, daß die
kommerziellen Interessen, wie groß und gefährlich sie auch
sein, in keinem Vergleich zur Ehre und Ehre der Südt.,
um welche es sich handelt, stehen. Man hofft, durch Verharren
in der jetzigen Politik die Ausübung des Druckes der Gros-

mächte in Rom sowie solide Garantien für die Integrität der
Meerenge zu erhalten. Diplomatische Schritte bezwecken, daß
solche zu erreichen sein werden und besagen, daß die freundschaftlichen
Schritte Rußlands und Englands, falls die wirtschaf-
tlichen Interessen, welche in kategorischer Form folgen werden.
Wahrscheinlich äußerte sich nach der Frankf. Ztg. dahin,
daß bis auf weiteres an eine Öffnung der Darbanellen nicht
zu denken sei. Die Türkei müsse sich freie Hand zur Ver-
teidigung bewahren, besonders, da sie in der Defensive sei.
Trotz dieser autoritativen, nach Lage der Sache verständlichen
Äußerung wird geglaubt, daß der Ministerrat einen der Öff-
nung zustimmenden Beschluß fassen wird, denn an den neuen,
in freundschaftlichem Tone gehaltenen Vorstellungen des rus-
sischen und englischen Botschafters, welche auf die schweren
Folgen der weiteren Einseitigkeit der Handelschiffahrt hin-
weisen, kann die Türkei nicht achtlos vorübergehen. Der
Schaden, welcher der Schifffahrt empfindlich, wird in Inter-
essentreffen mit täglich einer Million Mark besetzt.

Eine ernste Wendung auf dem Balkan? Bukarest,
28. April. Hier sind Nachrichten angelangt, denen zufolge in
der Darbanellenfrage eine ernste Wendung einzutreten
droht. Ein Teil der Schwarzen-Weer-Flotte Ruß-
lands ist am Eingang des Bosporus erschienen und soll eine
Stunde vor Konstantinopel kreuzen. Ferner wird aus Sofia
gemeldet, daß dort Gerüchte umgehen, denen zufolge die schlag-
fertige bulgarische Armee in dem Augenblick, da die
russische Kriegsflotte am Bosporus erscheinen sollte, die
mazedonische Grenze überschreiten würde. In-
folgedessen sieht sich Rumänien gezwungen, gleichfalls in Aktion
zu treten. Daher trifft die rumänische Exerzierverwaltung alle
Vorbereitungen, um nötigenfalls mit drei Armeekorps auf
dem Platze erscheinen zu können.

Enver bei Ischl. Der türkische Kriegsminister demonstriert
die von offizieller italienischer Seite verbreitete Nachricht, daß
Enver bei seinen Besichtigungen erlegen sei. Dem Kriegs-
ministerium sei von Enver bei dem 21. datierten Tele-
gramm zugegangen, worin dieser neue Instruktionen verlangt.
Auch die Londoner Morning Post bringt die Meldung, daß
Enver bei sich noch am Leben befindet.

Maroffo.

Der Aufbruch in Fez ist von den französischen Truppen vor-
läufig mit Waffengewalt unterdrückt worden; in Fez herrscht
die Verunsicherung. Die anrüchlichen Soldaten, die
auf 1000 geschätzt werden, sind aus Fez geflohen und haben sich
ins Innere des Landes begeben, um die Stämme für einen
Aufstand gegen die verbündeten Franzosen zu begeistern.
Es liegt also die Gefahr vor, daß man in vielleicht nicht allzu langer
Zeit mit neuen, gefährlichen Unruhen zu rechnen haben
wird. Die schnelle Konzentration der französischen Truppen
scheint die Ruhe unter den einzelnen Stämmen, die sich auf
einen Aufstand bereits vorbereitet hatten, wiederhergestellt zu
haben. General Moirier berichtet in einem Telegramm an den
französischen Kriegsminister, daß nur die Verhinderung des
Widerstandes zu Fez über Fez die Gewähr für die
Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe bieten würde. Aus
diesem Grunde hat der Kriegsminister General Moirier be-
auftragt, über Fez den Widerstandszustand zu
verhängen. — In dem Spital von Fez befinden sich
57 Leichen von Europäern, die ihren Tod bei dem Aufbruch ge-
funden hatten. Zwölf ermordete Europäer befinden sich im
Lager von Dardebahag. Eine große Zahl von Meuturern ist
verhaftet und ins Gefängnis abgeführt worden.

Gewerkschaftliches.

Lohnkämpfe im Steinfelegewerbe.

In Frankfurt a. M. haben die Blätterer und Hilfs-
arbeiter am Dienstag die Arbeit eingestellt. Sie ver-
langen tarifliche Regelung der Lohns- und Arbeitsbedingungen
und eine entsprechende Lohnerhöhung. Da die Arbeit beinahe
bis auf den letzten Mann eingestellt wurde, so dürfte der Streik
voransichtlich in kurzer Zeit zu dem gewünschten Erfolge
führen.

In Zelle haben die Steinfeleger und Berufsgenossen wegen
der Minderregulierung des Vorkommenden die Arbeit eingestellt. Der
Gewerkschaftliche hatte sich dem in Betracht kommenden Unter-
nehmer gegenüber als ein zu lästiger Wächter der Tarifbestim-
mungen herausgestellt.

Der Streik der Steinfeleger und Hammer in Bromberg
bauert ununterbrochen fort. Auch hier haben sich die Unternehmer

die wohlwollende Unterstützung der Behörden rechtzeitig ge-
sichert.

In Erfurt wurde ohne Kampf ein Beiztarif abge-
schlossen, der für einen erheblichen Teil des ganzen Vertriebs-
bezirks gilt. Da hier nur vereinzelt geregelte Lohn- und Ar-
beitsbedingungen bestanden haben, so bedeutet der Tarif neben
der teilweise recht beträchtlichen Lohnerhöhung, die er bringt,
auch in anderer Beziehung einen sehr bedeutenden Fortschritt.
Vor allem ist liberal die Arbeitszeit einheitlich auf zehn Stun-
den festgelegt worden; vorher herrschte in dieser Beziehung die
reine Willkür.

Des weiteren wurden Ortstarife abgeschlossen in Magde-
burg und in Stolp in Pommern. Auch hier wurden Lohn-
erhöhungen erzielt, in Stolp für die sehr stark in Betracht
kommende Heberlandarbeit sogar ganz erhebliche Lohn-
erhöhungen.

Metallarbeiterstreik in Frankfurt a. Main.

Am Metallarbeiterverband in Frankfurt und Umgebung
sind zurzeit circa 4000 Arbeiter beteiligt. Die Aus-
sperung weiterer 8000 wurde von den Unternehmern für
nächste Woche angedroht.

Gewerkschaftliche Zentralisation im englischen Baugewerbe.

Der große Kampf der Bergleute hat den Arbeitern aller
Berufe vor allem gezeigt, was eine einheitliche, gut organi-
sierte Gewerkschaft zu leisten vermag, und er hat der Be-
wegung zur gewerkschaftlichen Zentralisation einen mächtigen
Aufschub gegeben. Sehr wichtige Zentralisationsvereinbarungen
schweben jetzt bei den Eisenbahnern und bei den
Maschinen- und Schiffsbauern. Ein großer Schritt
demwärts ist jedoch im Baugewerbe getan worden. Die
Bewegung knüpft an den letzten Gewerkschaftskongress, wo auf
Antrag der Maurer beschlossen wurde, das Parlamentarische
Komitee zur Einberufung von Konferenzen zu beauftragen,
um die Verwirklichung der zerstreuten Organisationen der
verschiedenen Gewerbe in die Wege zu leiten.

Eine solche Konferenz der Organisationen des Baugewerbes
hat schon in London stattgefunden. Den Vorsitz führte Ge-
noss Will Thorne, der Präsident des Parlamentarischen
Komitees des Gewerkschaftskongresses. Auf der Konferenz
waren u. a. vertreten die Amalg. Gewerkschaft der Zimmer-
leute und Tischler mit 60000, die Gasarbeiter und Leinwand-
er mit 60000, die Amalg. Arbeiterunion mit 38000, die Maurer
mit 25000, die Maler mit 21000, die Klempner mit 11000
Mitgliedern. Die Konferenz war einstimmig für die Vereini-
gung und beschloß, ein Komitee mit der Ausarbeitung eines
Planes zu beauftragen.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Illustration, Parli-
mentarische Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches,
Freiwillen und Vermischtes Karl Bod, Lokales Wilhelm
Roenen, Provinzielles Gottl. Kasparek, sämtl. in Halle.

(Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.)

Fein und doch billig sind die
Jasmatzi-Qualitäten



„Unsere Marine“
2 Pfg.-Cigarette
Reiner, echter oriental. Tabak



Halb-Schuhe

die große Mode

in Lack, Chevreau, Kalbleder, Wildleder,
in allen Modifarben und Ausführungen.

Einheitspreis:

2⁵⁰

Friedrich Oehlschläger
Schuhwarenhaus
nur Leipziger Str. 3 (altes Geschäft)

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaften als „politische Vereine“.

Verfuge, Zahlstellen der gewerkschaftlichen Organisationen als politische Vereine zu betrachten und sie unter Überwachungsbestimmungen des Vereinsgesetzes zu bringen, sind trotz der Zusage der Regierungsvorleiter, daß das Reichsvereinsgesetz loyal gehandhabt werden soll, in den letzten Jahren zahlreich gemacht worden. Namentlich in den öffentlichen Verträgen der Behörden es recht oft und meist auch mit Erfolg, die Ortsvereine der Gewerkschaften für „politisch“ zu erklären. Auch die Halle'sche Polizei hat es bei den Metallarbeitern nach dieser Richtung hin nicht an Versuchen fehlen lassen. Etwas ganz Besonderes hatte sich aber das Schöffengericht in Z. h. o. n. geleistet. Es hatte die Leiter der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes zu je 20 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie es unterlassen hatten, Änderungen in der Zusammenfassung des Vorstandes der Mitgliedsvereine anzuzeigen. Die Anmeldepflicht besteht nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes bekanntlich nur für politische Vereine. Allgemeine Arbeiterzeitung es sei seinerzeit erregt, wie das Thurner Gericht die politische Tätigkeit der Zahlstelle feigeachtet hat. Das Gericht wußte nämlich über die Tätigkeit der Zahlstelle seit Bestehen des neuen Vereinsgesetzes überhaupt nichts, sondern sah sich aus dem Umstand, daß die Zahlstelle früher, unter dem alten Vereinsgesetz, auf zu Erweiterungen politischer Art zugelassen hatte, auf den jetzigen politischen Charakter der Zahlstelle.

Das war dem Landgericht Thurn, das sich nach erfolgter Berufung der Verurteilten mit der Sache zu beschäftigen hatte, doch zu stat. Es lebte die juristische Debatte des Schöffengerichts ab. Zu dem damals ergangenen Urteil liegt jetzt die Urteilsgenehmigung vor. Wenn das Landgericht in der Urteilsgenehmigung auch den erstinstanzlichen Richtern unrecht geben muß, so ist das Urteil doch eine recht kräftige Abgrenzung der schöffengerichtlichen Jurisprudenz. Es lautet in seinem wesentlichen Teile:

„Es geht nun aber nicht an, wie es der Vordereichter tut, aus der Tatsache der politischen Betätigung des Vereins bis zum Jahre 1908 den Schluß zu ziehen, daß der Verein auch weiterhin dieselben Betätigungen einbringen und die gleichen Betätigungen bis zur Zukunft verfolgen hat. Wohl liegt die Annahme dafür außerordentlich nahe, jedoch fehlt es an einem strikten Nachweis dafür, der um so mehr den Angeklagten zuzurechnen werden muß, als sie behaupten, daß infolge des neuen Vereinsgesetzes der Verein streng gemeinnützig habe, irgendwelche politischen Fragen in seinen Vernehmungen zu besprechen und zu erörtern.“

Von den Angeklagten darf der Nachweis, daß der Verein sich jeder politischen Tätigkeit enthalten habe seit Beginn des Jahres 1908, nicht verlangt werden, weil dies eine Abweichung von der allgemeinen Regel im Strafprozeß wäre, wonach den Angeklagten der Beweis ihrer Schuld zu führen ist.

Die Angeklagten haben übrigens auch versucht, den Beweis zu erbringen für ihre Behauptung, daß der Verein eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten nicht bezwecke, und zwar durch Benennung der Zeugen Leipzig und Siegfried. Diese haben denn auch bezeugt, daß der Zentralvorstand für Holzarbeiter Deutschlands in seiner Weise sich politisch betätige. Der Zeuge Leipzig hat bei seiner Vernehmung ein Rundschreiben des Zentralvorstandes des genannten Verbandes an die Zahlstellen und eine Anweisung an die Leiter der Versammlungen zu den Orten überreicht. (Bl. 87.) Der Inhalt dieser Schriftstücke ist soweit wesentlich wie, in der Hauptverhandlung vorgetragen worden.

Dort heißt es unter anderem:

„Etwasige Anträge und Fragen politischen und religiösen Inhalts sind vom Leiter der Versammlung nicht zur Verhandlung zuzulassen.“ Es muß der alte Grundgedanke bestehen bleiben, daß jedes Mitglied die Pflicht hat, wie jeder andere Staatsbürger sich in der politischen Partei politisch zu betätigen. Das muß aber außerhalb des Verbandes geschehen; der Deutsche Holzarbeiterverband soll unpolitisch sein und bleiben.“

Wenn das Berufungsgericht dadurch auch nicht die Behauptung der Angeklagten, daß der Verein in Wirklichkeit keinerlei politische Tendenzen zurzeit bezwecke, für darzulegen erachtet, so fehlt es doch eben an dem dünnigen Nachweis des politischen Charakters des Vereins in der Gegenwart.“

Aus diesen Gründen wurde auf Freisprechung erkannt. — Es ist nicht das erste Mal, daß die preussische Polizei versucht, durch ihre Auslegung des Vereinsgesetzes Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu machen, und ihr ungelegentliches Vorgehen vom Gericht bekräftigt erhielt. Es wird nicht das letzte Mal sein, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß die preussische Polizei in manchen Dingen nur sehr schwer belehrbar ist.

Sattlerfreit in Hannover.

In der Gesichts- und Sattlerfamilie von D. V. Schüke in Hannover haben am 25. April sämtliche Sattler die Arbeit einmütig niedergelegt. Der vom Verbandsvorstand angegebene Verhandlungstermin in der Kaiserstraße des Innenministeriums gescheitert. Zugang ist streng festzusetzen.

Merlei.

Bombenattentat in Theater.

Im Theater von Sevilla (Spanien) schleuderte ein Mann eine Bombe in das Parquet. Die Wirkung war eine schreckliche. Nicht weniger als drei Personen wurden sofort getötet, 20 andere trugen zum Teil fürchterliche Verletzungen davon. Der zahlreichste Besucher bemächtigte sich eine ungeheure Panik, alles fürchte den Ausgänger zu, hierbei wurden viele Personen, besonders Frauen, ohnmächtig, sie fielen zu Boden und wurden getreten von den anderen. Ihre Verletzungen sind ziemlich schwerer Art. Der Attentäter konnte verhaftet werden.

Waldbrand.

Aus Croffen a. d. Oder wird gemeldet: Durch zahllose Feuertöpfe entstand am Montag nachmittags im nördlichen Teil des Kreises Croffen, Jagen 83, bei Vennhüt ein großer Waldbrand. Das Feuer breitete sich zu der Reiterstraße hin aus, die in großer Gefahr schwand, jedoch durch das Eingreifen der Feuerwehr gehalten werden konnte. 1200 Morgen Schonnung und Stangenholz sind vernichtet worden.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 26. April 1912.

Sozialdemokratischer Verein.

Die jüngeren Mitglieder, die im Alter von 18 bis etwa 24 oder 25 Jahren liegen, werden hiermit zu einer am Freitag abend 8 1/2 Uhr im Volkspark stattfindenden außerordentlichen Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins eingeladen. Es gibt eine sehr wichtige und dringende Angelegenheit zu besprechen. Selbstverständlich haben auch die älteren Genossen und Genossinnen Zutritt. Mitgliedsbücher sind unbedingt vorzubringen.

Der Vorstand.

Kauf Tarifsgigaren! Unterstützt die Tabakarbeiter!

Durch die Arbeiterpresse ist der breiten Öffentlichkeit schon mehrfach Kenntnis davon gegeben, daß die Tabakarbeiter schwere Kämpfe führen, um ihre recht mäßigen Lohnverhältnisse aufzubehalten. Den Tabakarbeitern — die früher zu den bestbezahlten Arbeitern Deutschlands zählten — wurde die Erhöhung 1879 durch die damalige Steuerbehörde vernichtet. Durch das Sozialistengesetz getrieben und wehrlos gemacht, mußten sie ungeheure Lohnniedrigkeiten erdulden. Zwar hat mit Aufhebung aller Strafen, mit den größten Opfern, trotz aller schweren Hindernisse unter den ungünstigsten Umständen, die durch die fortgesetzte Vernachlässigung des Gewerbes durch Steuerpläne hervorgerufen wurden, die Organisation unermüdlich für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Tabakarbeiter gekämpft und erreicht, daß die Durchschnittslöhne der Tabakarbeiter von 400 Mk. im Jahre 1885 auf 614 Mk. im Jahre 1908 gestiegen ist. Aber auch dieser Lohn ist angeht der ganz enorm verteuerten Lebensweise völlig ungenügend. Jedoch sind noch in einer Reihe von Betrieben recht trostlose Löhne an der Tagesordnung, weil ein großer Teil der dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der gewerkschaftlichen Organisation noch fernsteht. Auch in diesen Betrieben wird die Erbringung vernünftiger Lohnverhältnisse möglich sein, wenn jeder denkende Arbeiter nach seinen die Tabakarbeiter unterstützt, insbesondere, wenn alle Parteien und Gewerkschaftsgenossen — gemäß den Beschlüssen der Gewerkschaftskonferenz — ihre im Tabakereis beschäftigten Familienangehörigen dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande als Mitglieder zuführen. Gewerbe in der gegenwärtigen, durch das neue Tabaksteuergesetz heraufbeschworbenen schweren Krise müssen die Tabakarbeiter hart um die Erhaltung ihrer Existenz ringen und daher muß die gesamte Klassenbewegung Arbeiterschaft es als ihre Ehrenpflicht betrachten, ihnen gegenüber in jeder Weise das Solidaritätsgefühl zu betonen.

Jeder Arbeiter sollte beim Einkauf seiner Zigarren in erster Linie solche Betriebe berücksichtigen, in denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge geregelt sind und organisierte Arbeiter beschäftigt werden.

Darum, Parteien- und Gewerkschaftsgenossen, unterstützt die organisierte Tabakarbeiter-Schaft dadurch, daß ihr in den Konsumvereinen, bei Händlern und Großhändlern Zigarren und Zigaretten von tariffreien Firmen verlangt! Genossen! Unterstützt die Tabakarbeiter in ihrem Ringen um Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage!

Tarifzigaretten sind zu haben bei: Louis Ackermann, Quindstraße, Adolf Albrecht, Lindenstraße 53, Emil Wendlin, Torstraße 43, Karl Vöhr, Neißestraße 5, M. Heinrich, Gaudauerstraße 68, Jungmann, Pflanzhöhe, Lehnhardt, Völlbergweg 6, Leuschner, Mittelvoche, Adwardt, Talamstraße 3, S. Nowak, Geißstraße 5, Schindelhauer, Wielenstraße 26, Ströfer, Alter Markt, Schneider, Beienstraße 23, Schneider, Landsbergerstraße 1, Wilhelm Welfch, Spige 19. Arbeit in den Zigarren-Geschäften auf die unten Plakate mit der Aufschrift: Hier sind Tarifzigaretten zu haben. Die Plakate tragen den Stempel des Tabakarbeiterverbandes. Verlangt in diesen Geschäften nur Tarifzigaretten und in den Konsumvereinen die Genossenschaftszigaretten.

Die Durchsuchungen am Güterbahnhof.

Über die wir Mitte Januar d. J. berichteten, beschäftigt heute das Schwurgericht, Angeklagt waren der 30-jährige Handelsmann Bruno Wille — Schwager des Brünner — und der 37-jährige Wirtshausbesitzer Karl Hlilich, sämtlich von hier. W. ist Vater eines Kindes und bisher unbefristet; H. und H. sind Väter von je drei Kindern und wegen Eigentumsvergehens mit einem Jahre sechs Monaten bzw. einem Jahre drei Monaten Gefängnis verurteilt. W. soll vom Jahre 1911 ab bis Anfang 1912 Frachtwerte gestohlen, Frachtwerte beigestohlen, Waren beigestohlen und diese an die beiden Mitangeklagten weitergegeben haben. Die Anklage lautet auf Urkundenfälschung, Betrug und gedonheits- wie gewerbestörlicher Schererei, da die beiden Mitangeklagten die erworbenen Sachen auch teils verkauft haben sollten. Hlilich ist gelernter Kaufmann, war früher Güterbahnarbeiter gewesen und konnte daher den Verkehr auf dem Güterbahnhof — Brünner ist gefährlich. Als gelernter Kaufmann hat er vor etwa 20 Jahren in den Eisenbahndienst, im April 1906 wurde er als Beamter vereidigt. Durch Verpflegung seiner Mutter und Schwester, sowie Erhaltung seiner Frau will er in schlechte Verhältnisse gekommen sein. Er erhielt zwar neben seinem Gehalt Extrazutragungen. Diese reichten aber nicht zu. Da habe er sich dann in der Güterpflanzsabteilung Waren: mehrere Kisten Stoffe, Wurst, Gänsebrüste, einige Körbe Wein, eine Tonne Herings, einige Säde Zucker, Kisten Seife, Zigarren, Baumwollwaren usw. angeeignet. Im ganzen sollen etwa 40 Frachtwerte vertrieben bzw. vernichtet worden sein. Die Waren beim der Verhaftung aus den Waren wurden gemischt geteilt. Wille hat die Waren ab und zu mit einem kleinen Handwagen, manchmal auch mit Hlilich's Gefährt, vom Güterbahnhof abgeholt zu haben. Hlilich will sich erst vom September v. J. ab an den Durchsuchungen beteiligt haben. Die Angeklagten wollen den Eisenbahndienst nur um etwa 1000 Mk. geschädigt haben; nach der Meinung des Staatsanwalts soll der dem Fiskus zugefügte Schaden aber erheblich größer sein. Bald nach Beginn der angelegten Ermittlungen wurden die drei Angeklagten verhaftet. Der Direktor des Betriebes meint, Brünner sei früher als Beamter sehr tüchtig, später aber nicht mehr

schönartig genug“ gewesen. Es sei für Brünner eine sehr große Auszeichnung gewesen, daß man ihn bei seiner Vorbildung und noch nicht allzu langer Dienstzeit zum Landarbeiter befördert. Bei der Schließung Eisenbahndienstes sind zur Zeit der Verurteilung etwa 80 Sendungen aus verloren gemeldet und der Eisenbahndienst für einen Schaden von über 14 000 Mk. haftbar gemacht worden. Es der Schaden aber allein auf das Konto der Angeklagten kommt, sieht nicht fest. Die Feststellungen kommen nur von den Verfassern der Waren. Die Verhandlung dauert fort. Der Zubrang des Publikums zu der Verhandlung ist sehr stark.

Minderjährige und Abzahlungs-Geschäfte.

Das Recht der Minderjährigen, Verträge abzuschließen, ist durch das Bürgerliche Gesetzbuch besonders geregelt. Ein Minderjähriger ist nach den Bestimmungen jenes Gesetzes nur teilweise geschäftsfähig. Er kann also nicht ohne weiteres nach Belieben Verträge abschließen, sondern nur solche, durch die ihm Vorteile, nicht aber Nachteile erwachsen. Zu einer Willenserklärung, sagt das Gesetz, durch die er nicht lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangt, bedarf er der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters. Der Minderjährige kann also zum Beispiel eine Schenkung ohne Genehmigung seines gesetzlichen Vertreters annehmen, geht er aber einen Vertrag mit einem Abzahlungs-Geschäft ein, so ist er an die Einhaltung der Genehmigung gebunden. Schließt der Minderjährige trotzdem aber einen den vorstehenden Bestimmungen zuwiderlaufenden Vertrag ab, ohne die erforderliche Genehmigung des gesetzlichen Vertreters eingeholen, so hängt die Wirksamkeit des Vertrags von der Genehmigung des Vertreters ab. Derjenige, der mit einem Minderjährigen einen Vertrag abgeschlossen will, kann sich nun dadurch Klarheit verschaffen, ob der Vertrag genehmigt wird, daß er den gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen auffordert, sich zu erklären. Erfährt sich dieser innerhalb 14 Tagen nicht, so gilt seine Genehmigung als verweigert, der Vertrag also als nicht geschlossen.

Diese Gesetzesvorschriften werden natürlich nicht in allen Fällen beachtet. Besonders gibt es gewissenlose Kaufleute genug, die sich an junge, unerfahrene Arbeiter und Arbeiterinnen herandrängen, um ihnen eine größere Stellung anzubieten. In den meisten Fällen wird aber gar kein Versuch gemacht, die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters einzuholen. In der Regel erfährt dieser vom Vertragsabschluss erst dann, wenn die betreffende Firma mit dem Minderjährigen wegen Zahlung in Streit geraten ist. Arbeiterinnen verfallen man auf diese Weise oft Gerede, Mißverständnisse, Klagen usw. durch allerlei Vorpiegelungen auszuführen, während man bei jugendlichen Arbeitern Kinder ausführen, welche sich als geschäftliche Vertretung in das Geschäft einmischen, um sie an den Mann zu bringen. Keine Fachliteratur, deren Preis meist in einem Mißverhältnis zum Inhalt steht, gehört zu den täglichen Anpreisungen.

* **Arbeitsruhe am 1. Mai.** In stadtlicher Mitgliedsversammlung der Glaser wurde am Sonnabend einmütig die Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen. Die Mitglieder treffen sich früh 1/2 Uhr im Englischen Hof. Die Verhandlungen werden über die übliche eine besondere Tagesunterstützung aus der Lokalfasse.

* **Der Abendunterricht für Gefährlicheren und andere Interessen.** scheint Anlauf gefunden zu haben, denn es hatten sich zu dem ersten Unterrichtsabend 18 Teilnehmer eingefunden. Mit höchstem Interesse folgten diese den etwa abendlichen Vorlesungen, die Herr Schade über die Beschaffenheit des Herbes machte. So mancher von den Anwesenden mußte sich innerlich gefehen, daß er doch vieles Notwendige nicht wußte. — Ein Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes sprach sich am Schluß dahin aus, daß Teilnehmer nicht nur an dem weiteren Unterricht teilnehmen, sondern auch dafür sorgen möchten, daß noch nicht viele Berufsangehörige auf die nützliche Einrichtung dieser Unterrichtsabende hingewiesen und zum Besuch derselben angehalten würden.

Bemerkte ich noch, daß sich das Unterrichtslokal bei Streicher, St. Mauerstraße 7, befindet, und dort jeden Sonntag abends von 8 bis 11 Uhr Unterricht gegeben wird. Nödemann ist willkommen, vorherige Anmeldung ist erwünscht, aber nicht durchaus nötig.

* **Nachhilfevertrag.** Der hiesige Verein gegen den Impfschutz, eine Gruppe des Herberverbandes zur Bekämpfung der Impfung läßt am Sonnabend abend in den Germania-Sälen durch Herrn Wegener aus Frankfurt a. M. einen öffentlichen Nachhilfevertrag halten, zu dem laut Inserat jedermann, besonders die Eltern impfpflichtiger Kinder eingeladen werden. Voraussichtlich werden sich an der Ausprache auch Ärzte impfgegnerischer und impfneugieriger Richtung beteiligen.

* **Die getrige Schwurgerichtsverhandlung.** In der sich der Tabakarbeiter August Reumann aus Witterfeld wegen Betrübels verhandelt werden, wurde verurteilt.

* **Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung.** Montag, den 29. April 1912, nachmittags 4 Uhr. Öffentliche Sitzung. Angebot des Wälder Schießgraben, Robert Franzstraße 16, für Zweck einer Stadthalle, Erbauung einer Heißwasserlaufbahn auf dem Schladt und Viehof, Verkauf der Baufläche 16, Ede Park und Strauchstraße. Verkauf der Baufläche 16 am Kaiserplatz, Uebertragung von Eisstraßen auf das Rechnungsjahr 1912, Schaum für Bullenordnung, Ehrenpreise für die Gartenbau-Ausstellung, Rückzahlung von Impfschutz, Beitritt um Erhöhung der Subvention für das Schlichter-Orchester, Geschäftliche Sitzung, Beitritt um Gewährung von Ruhegehalt und Gehaltszahlung, Schiedsmannswahl, Armenpfliegerwahl, Anstellung von Beamten.

* **Blumenfests auf der Saale.** Die maßgebenden Bestimmungen für die Teilnehmer an einen Fest mit herausragenden Aufzügen auf der Saale wird jetzt herausgegeben. Die Veranstaltung soll am 2. Juni, nachmittags 3 Uhr, auf der Saale zwischen der älterenischen Bodenanfall und der Gaudauerbrücke stattfinden. Die Aufschmückung der Gondeln und Boote soll durch natürliche und künstliche Blumen sowie durch Raben, Wimpeln, Stoffdraperien usw. vorgenommen werden. Es können einzelne Aufzüge, aber auch mehrere Gondeln oder Boote von Vereinen usw. zu je einem Gruppe zur Konkurrenz angemeldet werden. Die Anmeldungen zur Teilnahme an dem Fest sind bis zum 20. Mai er. an die Geschäftsstelle des Vereinsvereins, Wälderstraße 4, zu richten, wo auch die näheren Bestimmungen eingesehen sind. Die Aufstellung der Boote erfolgt oberhalb der Verkehrsbrücke bis hinter die Saale. Der Beginn der Festfahrt wird durch drei Kanonenschüsse angekündigt werden.

* **Stadtkonzer.** Sonnabend zum letzten Male Capella rusticana, hietar Der Barbier von Sevilla. In der Halle des

„Gefahren in. chöcke“ „aller Draußen“ „Schöste Auswahl“ „Gefahren in.“

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 98

Salle a. S., Sonnabend den 27. April 1912

23. Jahrg.

Verbandsing der Hausangestellten.

Kr. Berlin, 16. April.

Die 1. Generalversammlung des Verbandes der Hausangestellten, der jüngsten Gewerkschaftsorganisation freigezelliger Richtung, tagte vom 14.—16. April im Berliner Gewerkschaftshaus unter Teilnahme von 30 Delegierten und fünf Funktionären des Vorstandes und Ausführes.

Der Vorstandbericht erstreckt sich auf eine 3 1/2 jährige Tätigkeit. Bei Gründung des Verbandes schlossen sich 17 Isolate Vereine dem Verband an; gegenwärtig zählt der Verband 35 Ortsgruppen. Nach einer einmündigen Berufung ermittelte der Vorstand als Durchschnittsmittel im Jahre 1909 4170 Mitglieder, die Durchschnittszahl im Jahre 1911 dagegen nur 5474, so daß sich der Verband um 1800 zahlende Mitglieder verlor. Die Auflage der Verbandszeitschrift ist gegenwärtig 8000, sie ist allein im letzten Jahre um 1000 gestiegen. Neben diesen Erfolgen, die sich zahlenmäßig abschätzen lassen, sind viel höher die nicht zahlenmäßig erfassbaren Erfolge, die erreicht sind durch die Belehrung und Aufklärung, die von den einzelnen Ortsgruppen handig geleistet werden und die schließlich nicht nur den Dienstboten an sich, sondern der ganzen Arbeiterbewegung zugute kommen.

Der Verband stellte im Jahre 1910 in 19 Fällen, im Jahre 1911 in 30 Fällen Rechtschutz zur Verfügung. Die Kostenunterstützung, die vom 1. April 1910 ab gezahlt wurde, wurde sehr zahlreich angenommen. Schon im Jahre 1910 zahlte der Verband 1867,50 Mk., 1911 bereits 3118 Mk. — Auch sonst war der Verband durchaus reger in der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Dienstboten, wenn er sich dabei auch nicht selten bei den Gewerkschaften üblichen Mittel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bedienen kann. Zur Reichsbewertung wurde eine Untersuchung im April 1910 vom Verband eine Petition an den deutschen Reichstag gerichtet, in der auf alle die Mängel aufmerksam gemacht wurde, die zum Schaden der Hausangestellten und unsfähigen Beschäftigten, das sind Heimmädchen usw., in das Gesetz Aufnahme finden sollten. Bei dem Zutritte treten des neuen Stellenvermittlungsgesetzes haben auf Aufforderung der Behörden hin viele Ortsgruppen des Verbandes bei der Befreiung der für die gewerkschaftlichen Stellenvermittler gültigen Bestimmungen ihre Vorläufe eingeleitet. Die Stellenvermittlung wird von vielen Ortsgruppen selbständig betrieben und wirkt sehr segensreich. Einzelne Ortsgruppen haben sich den städtischen oder von den Städten subventionierten Nachweisen angeschlossen. Im übrigen hat das Stellenvermittlungsgesetz die mit Recht zu stellenden Ansprüche nicht erfüllt. Es geht aus dem Papier den Ausschreibern der gewerkschaftlichen Stellenvermittler Grenzen, aber die Vermittler wissen vielfach das Gesetz zu umgehen. Auch werden vielfach Beschäftigte dem Gesetz unterstellt, die rechtlich bemessen gar nicht unterliegen. In diesen Beziehungen bleibt noch mancher Raum auszufüllen.

In Bezug auf die Agitation hat es die Zentralkasse an Anregungen persönlicher Art wie durch das Hochtragen nicht fehlen lassen. Aber die Schwierigkeiten in der Agitation sind vielfach sehr hoch.

Auch eine Reihe von Polizeibehörden machten dem Verbande Schwierigkeiten, so in Braunschweig, Breslau, Danzig, Jena. In Braunschweig hatte der Verband sieben Anlagen zu bestehen, die aber alle mit Freispruch endeten. Selbst in Jena wurde das gefürchtete Verlangen gestellt, daß die unter 18 Jahre alten Mitglieder ausgeschlossen werden sollten. — Mit der Gründung des Verbandes setzen auch „christliche“ Dienstbotenvereine besonders rühmlich ein und auch die Hausfrauen gründeten Hausfrauenvereine, um dem Verband die Mitglieder ebenerichtig zu machen. Die Hausfrauen lassen sich die Gründung von Hausfrauenvereinen, die Arbeitsvermittlung und die Durchführung eines bestimmten Arbeitsvertrages angelegen sein. Es ist ihnen auch gelun gen, die „Christlichen“ zu veranlassen, sich an diesem Vorhaben zu beteiligen, und gar zu gern möchten sie auch den freien Verband hineinziehen. Aber die Ortsgruppen sind auf Grund der gemachten Erfahrungen bringend vor der Beteiligung zu warnen, weil die Hausfrauen damit nichts weiter bezwecken, als den Verband in seiner jetzigen Tätigkeit lahmzulegen. — Der Vorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung hat die Gründung von 41 662,91 Mk., eine Ausgabe von 38 440,98 Mk. Dem Verband verbleibt an Verbandsmitteln, Mobilien usw. ein Gesamtvermögensbestand von

322 193 Mk., darunter 1 013,50 Mk. in der Baupfasse. Unter den Einnahmen heben wir besonders die Zuschüsse in Höhe von 15 200 Mk. hervor, die die Generalkommission leistete.

Es wurde einstimmig beschlossen, den Monatsbeitrag auf 50 Pf. zu erhöhen, davon verbleiben 50 Proz. den Ortsgruppen. Bezüglich des Eintrittsgeldes wird gegen sechs Stimmen beschlossen, es den einzelnen Ortsgruppen zu überlassen, das Eintrittsgeld bis zu 50 Pf. zu erhöhen. Vom Eintrittsgeld fällt der Hauptteil in jedem einzelnen Falle 20 Pf. an. Ein Spar weitere Beschlüsse schloffen eine geringfügige Änderung am Krankenunterstützungsgesetz.

Danach hielt die Verbandsvorstände Vaar das einleitende Referat über den Punkt: Agitation, an das sich eine lebhafte Debatte knüpfte, die viel Anregungen und Fingerzeige zur Gewinnung von Mitgliedern bot. Bei diesem Punkte wurde einstimmig zum Beschluß erhoben:

1. Es ist eine zweite Angestellte für das Zentralkontor zu wählen, die die Funktionen der zweiten Vorstehenden zu übernehmen hat.
2. Es ist eine Regelung der Gehälter für die Verbandsangestellten vorzunehmen.
3. Es ist ein Werkbüchlein mit Kalender für Hausangestellte herauszugeben.
4. Am Kopf des Zentralkontors ist der Untertitel: normals Monatschrift des Vereins für die Interessen der Hausangestellten zu streichen. (Angenommen mit 12 gegen 6 Stimmen.)

Anträge auf Anstellung von Bezirksleiterinnen wie auf 14tägige Herausgabe des Verbandsorganes und ferner ein Antrag auf Einführung einer Stellenlosenunterstützung werden abgelehnt.

Ueber den Punkt Stellenvermittlung und Arbeitsnachweise referierte Luise Köchler-Sambur, Kaufmanns-Gehilfin. Sie referierte über die Tätigkeit des Hamburger Stellennachweises (siehe Seite 10) und über den Dienstboten als Kreise sich heftigsten, die Mädchen zu sich heranzuziehen und sie vom Geist und den Forderungen des freien Dienstbotenverbandes zurückzuführen. Diesen Bestrebungen muß innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung ein Gegenstand gewidmet werden durch eine noch viel stärkere Propaganda für die Sache des Verbandes und seine Einrichtungen. Vor allem gilt es in den Versammlungen, die Mitglieder zu gewinnen.

An der Diskussion wurde von den meisten Referentinnen betont, daß dem Verband größter Wert auf die Errichtung eigener Stellennachweise gelegt werden muß. Die paritätischen Stellennachweise haben fast in allen Fällen nicht die Befähigung, die dem Verband den notwendigen Einfluß auf das praktische Gelingen der paritätischen Nachweise sichert.

Die Zentrale solle Anweisungen an die Ortsgruppen geben, wie sie den notwendigen Einfluß auf die städtischen subventionierten Nachweise zu gewinnen suchen müssen.

Die Genossin Grünberg-Nürnberg behandelte in einem vorzüglichen Referat das Thema: Fortbildung, in ihrer Bedeutung für die Hausangestellten. Zur eigentlichen Fortbildungspflicht empfiehlt sie die regelmäßige Abhaltung monatlicher Mitteilungsveranstaltungen mit Vorträgen geschichtlicher und sozialpolitischer Natur. Da kommen Vorträge in Betracht über die Entstehung der Arbeiter- resp. Gewerkschaftsbewegung, die Gewerbeordnung im Gegensatz zur Gewerbeordnung, Arbeiterinnen- und Jugendbüros, die Bedeutung des Achtstundentages, das Gewerbevertragsgesetz und was für Vorteile es für die Dienstboten bringen würde, die Reichsversicherungen, Kranken- und Invalidenversicherung, die Notwendigkeit der Unfallversicherung für die Dienstboten. Dann Vorträge über Gesundheitslehre, Körperpflege; bezügliche Vorträge müßten natürlich von Ärzten oder Aerztinnen gehalten werden. Für die kleinen Städte, wo sich bezügliche Mitteilungsveranstaltungen nicht so leicht durchführen lassen, sollten Vortragskurse stattfinden, an denen mindestens sämtliche Verwaltungsmitarbeiter teilnehmen, damit diese auf solche Weise selber zur Agitation fähiger werden. Dieses Fortbildungswesen kann noch durch literarische Abende, an denen man sich mit schöngelegter oder wissenschaftlicher Literatur beschäftigt, ergänzt werden. Die Anlage einer eigenen Bibliothek und der Anschaffung einer heftreichen Zentralarbeiterbibliothek ist die notwendige Ergänzung dazu. Fast nach allen Mitteilungsveranstaltungen müßte auch ein geselliger Zeit eingelegt werden.

Die Diskussionsreferentinnen stimmten der Referentin fast in allen Einzelheiten zu. Man erweiterte ihre Einzelvorschläge noch, indem man noch Wanderbibliothek, Nähabende,

Spiele im Freien und als weiteres Vortragsthema: Die Stellung der Frau in der Gesellschaft in Anregung brachte. Der Verbandsrat nahm einen Antrag an, daß die Zentrale den einzelnen Ortsgruppen je nach dem Maße der Notwendigkeit Mittel zur Errichtung von Nähabenden für die Mitglieder zur Verfügung stellen soll.

Bei der Wahl des Vorstandes wurde Ida Vaar als erste Vorstehende einstimmig wiedergewählt. Der Vollen einer zehnjährigen Vorstehenden wird ausgeschrieben. Als 2te der Ausschusses wurde Hamburg, als Ausschussvorsitzende Luise Köchler wiedergewählt. Der nächste Verbandsrat findet über drei Jahren in Leipzig statt. Die Vertragsüberprüfung und die geänderten Statuten treten mit dem 1. Juli in Kraft. Das mit waren die Arbeiten des Verbandes erledigt und Ida Vaar schloß denselben mit einem Appell an die Delegierten, dabei nach besten Kräften für den Verband zu wirken.

Aus der Provinz.

Eine wichtige Entscheidung für Kaninchenzüchter.

Von der Kaninchen-Jagdordnung der Provinz Sachsen.

Die wilden Kaninchen unterliegen an sich dem freien Tierfang. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat jedoch eine Polizeiverordnung erlassen, wonach jemand, der zum Zwecke des Kaninchenfangens fremde Grundstücke betreten will, einen Erlaubnis sowohl des Besitzers als des Jagdberechtigten bedarf. Wegen dieser Verordnung sollte sich der Arbeiter Tierfang bewegen haben. Mit Willen und in Gesellschaft des Besitzers Grundstück in Großhain hatte er auf dessen Grundstück mittels Freitreiben wilde Kaninchen gejagt. Die Erlaubnis des Jagdberechtigten, des Pächters der Gemeindehölzer, wozu auch das Gese Grundstück gehört, hatte er aber nicht eingeholt. Er hielt sich dazu nicht verpflichtet, weil er im Auftrag und in Gesellschaft des Besitzers handelte, der einen Erlaubnis des Jagdberechtigten nicht bedurfte.

Das Landgericht Raumburg sprach auch den Angeklagten frei, indem es sich ebenfalls auf dem Standpunkt stellte, daß der Beauftragte des Besitzers seiner Erlaubnis des Jagdberechtigten bedürfe, weil der Wilder sie nicht konnten haben.

Das Kammergericht hob aber die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu anderweiter Entscheidung an das Landgericht zurück. Vergründet wurde ausgeführt: Die Verordnung des Oberpräsidenten ist rechtskräftig. Sie findet ihre Stütze in § 8 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes. Denn sie dient dem Schutze des Eigentums, denn sie das Betreten fremder Grundstücke nicht nur von einer Erlaubnis des Eigentümers, sondern auch von einer solchen des Jagdberechtigten abhängig macht. Das Landgericht habe nur die Verordnung falsch angewandt. Es tritt, wenn es annehme, daß der Eigentümer auf sein Grundstück zum Fangen von Kaninchen beliebige Personen unbeschränkt könne, ohne daß diese die Erlaubnis des Jagdberechtigten brauchen, fremde, die sein Grundstück zu jenem Zwecke betreten wollten, bedürfen der Erlaubnis des Jagdberechtigten, ob sie nun im Auftrag und in Begleitung des Besitzers handelten oder nicht. Angeklagter sei zu Unrecht freigesprochen worden.

Merseburg. Straßenbahn Merseburg-Mücheln. Zur Verhüllung einer fehlerhaften elektrischen Straßenbahn von Merseburg nach Mücheln ist der Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin von der Aufsichtsbehörde auf die Zeitdauer von 99 Jahren die Genehmigung erteilt worden. Die Vollendung und Inbetriebnahme der Bahn muß längstens innerhalb zweier Jahre nach der endgültigen Genehmigung des Bauplanes erfolgen.

Leipzig-Dörschberg. Der Kampf um die Jugend. Überall regen sich Gewerkschaft, Offiziere und Behörden, um die Jugend für ihre „nationalen“ Verbindungen zu gewinnen. Es werden überall Kriegsspiele veranstaltet, um der Jugend Surrationalismus beizubringen. Auch hier waren vor längerer Zeit auf Veranstaltung des Gewerkschaftlichen Ortsgruppen und Vorstände von Turn- und Militärvereinen zusammengelommen, um zu beraten, wie der jugendlichen Jugend am besten zu „arbeiten“ wäre. Bis jetzt meert man allerdings noch nichts davon. Man to meht müssen die Arbeiter auf dem Boden sein. Nächsten Sonntag, den 28. April, nachmittags 3 Uhr, findet im

„Condor“-Schuhwaren überraschend! preiswert



Herrn-Moderalbschuhe:

| | |
|---|------------------|
| Schwarz Chromleder, mit Lackkappe, extra billig | 7 ⁵⁰ |
| Braun Chevreau Mk. 12.50 | 8 ⁵⁰ |
| Schwarz Chevreau Mk. 12.60 | 10 ⁵⁰ |
| Ia. Kalblack | 12 ⁵⁰ |

Turnschuhe

| | |
|---|-----------------|
| mit Gummisohlen, je nach der Größe von an | 4 ²⁰ |
| mit Chromledersohlen von | 4 ⁸⁰ |

Damen-Moderalbschuhe:

| | |
|---|------------------|
| Schwarz Chromleder, mit Lackkappe, höchst preiswürdig | 5 ⁹⁰ |
| Braun Chevreau M. 10.50 | 6 ⁷⁵ |
| Schwarz Chevreau M. 10.50 | 8 ⁵⁰ |
| Ia. Kalblack M. 12.50 | 10 ⁵⁰ |

Braun Leder-Sandalen:

| | |
|---|---|
| Gr. 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 36-42 43-46 | 2 ⁰⁰ 2 ³⁰ 2 ⁶⁰ 2 ⁹⁰ 3 ²⁰ 3 ⁵⁰ 4 ²⁵ |
|---|---|

Mädchen-Moderalbschuhe:

| | |
|---|---|
| Braun, glatt Ziegenleder, eleg. breite Form | Gr. 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 |
| | 3 ⁹⁰ 4 ⁰⁰ 4 ⁵⁰ 5 ⁰⁰ 5 ⁵⁰ |

Mädchen-Schnürstiefel:

| | |
|---|---|
| Braun, glatt Ziegenleder, mit Lackkappe | Gr. 25-26 27-30 31-35 |
| | 4 ³⁰ 5 ³⁰ 5 ⁹⁰ |

Reform-Sandalen

in allen Größen.

Conrad Tack & Cie. G. m. b. H.

Halle a. S., nur Schmeerstrasse 1.

Fernsprecher Nr. 240.

Gr. Ulrichstrasse 58
Leipzigerstrasse 61



Panama-Ersatz

In verschiedenen
chicen Formen mit
Tuchband Garnitur.

Reclame-Preise

145 190 290

English Club

Gr. Ulrichstrasse 58
Leipzigerstrasse 61.

Rucksäcke mit Beberriemen 2.25 1.45 95 **65** Pf.
Rucksäcke mit Klappen und Taschen 12.50 bis **1.85**
Rucksäcke mit Klappe, gefüttert 9.50 bis **2.95**
Rucksäcke für Damen 2.65 bis **1.45**



Rucksäcke für Kinder 1.25 95 **45** Pf.
Zrinkbecher zusammenlegbar, Aluminium 48 25 **8** Pf.
Brustbeutel 48 28 **10** Pf.
Plaidriemen 95 68 **45** Pf.

Nussbaum.

Photographie Benckert,

Gegründet 1856. 29 Gr. Ulrichstrasse 29. Gegründet 1856.
Preise für Glanzbilder: Preise für Matbilder:
12 Visit 3.- Mk. 12 Visit 4.50 Mk.
12 Kabinete 6.- Mk. 12 Kabinete 8.- Mk.
12 Viktoria 4.25 Mk. 12 Viktoria 5.75 Mk.
in bekannt tadelloser Ausführung und Haltbarkeit.

Gr. Ulrichstrasse 58
Leipzigerstrasse 61



Der rauhe weiche Hut
Macke Melina, das Gesch.
in neuesten Anzugfarben.
Reklame-Preis **3.45**
English Club

Gr. Ulrichstrasse 58
Leipzigerstrasse 61.

Gutermann & Co.

Gr. Ulrichstraße 13/15. ♦ 2. Geschäft: Triftstraße 1.

Bezugsquelle preiswerter Schuhwaren



Für Knaben und Mädchen:

| | | | | |
|------------|------------------------|------------------|---------------------|--------------------|
| Sandalen | von 1 ⁶⁵ an | Boxleder-Stiefel | 4.35 3.85 3.35 | 2 ⁸⁵ an |
| Turnschuhe | von 1 ²⁵ an | Braun mit Lack | 5.95 5.65 4.90 4.65 | 4 ²⁵ an |

Damen-Leder-Hausschuhe solide Qualitäten 2⁴⁵
4.25 3.75 2.95

Großes Lager in Damen-Halbschuhen 5⁹⁰ an

Braune Herren-Stiefel 14⁵⁰ 12⁵⁰ 10⁵⁰ 8⁹⁰

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Seltene Gelegenheitsposten eingetroffen:
Damen-Box-Schnürstiefel, elegante Form . . . **6** M.
Eleganter Schnürstiefel mit Lackkappe . . . **7** M.
Herren-Schnürstiefel, elegante Form, Lackkappe **7** M.
Braune Herren-Schnürstiefeln, elegant . . . **8** M.
Box-Schnürstiefel, prima Qualität **7**⁵⁰ M.
Wiebachs Schuhwarenhaus, Ulrichstrasse 12.

Die elegantesten, schicken
Damenhüte, Kinderhüte und Fassons
kauft man nur im
Putz-Geschäft Säger,
neben Wiebachs Schuhwarenhaus.

Streichfertige Delfarben
in allen Nuancen,
Emaille-Lack
zu Deckern, Türen, Wais-Zuleiten, Kinderwagen,
Fußboden-Lackfarbe,
trocknet über Nacht glashart, per Kilogramm 1.50 Mark, bei
5 Kilogramm 1.40 Mark, empfiehlt
Max Rädler, Farbenhandlung,
Halle a. S., Rannischestraße 2.

Nähmaschinen
aller Systeme, ff. Fabrikate, von 60 Mark an.
Mit Wunsch günstige Zeitzahlung.
... bei feiner Ausbattung. ...
Reparaturen schnell und billig.
Karl Möller, Brüdertstraße 9a, am neuen Marktgericht.

Geschäfts-Übernahme.
Einem merkw. Publikum, Freunden, Nachbarn und Bekannten
zur Nachricht, daß ich das
Jakobstraße 15 belagene **Viktualien-Geschäft,**
verbunden mit **Gangschlachten,** künftlich übernommen habe.
Es wird mein Bestreben sein, nur gute und preiswerte Waren
zu liefern, und bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Jeden **Freitag** **Großes Schlachtfest,**
von früh 8 Uhr an Weißfleisch und ff. Gebäcktes.
Dochachtung **Friedrich Schmidt.**

Ein Posten
angeschmutzte Wäsche
sowie zurückgesetzte Muster
besonders preiswert.
Hallesche Wäschefabrik, Gelststrasse 42.

Presto-Motorwagen, Fahrräder,

amerikanisch verfügbare Fabrikate.

Renn- und Touren-Räder

zu äußerst billigen Preisen.

Brand- und Zubehörteile für sämtliche Fabrikate.

Paul Hagemann, Gommersgasse 2,
Telephon 8035.
Reparatur-Werkstatt mit elektrischem Betrieb.

Dauerwäsche Marke Waschbär

ist die beste!

Wer meine Wäsche trägt, benutzt sie monatelang!
Aberfeinstes, elegantes Aussehen!
Schöne, farbige Dessins!
Bequem und angenehm auf der Reise!
Abwaschbar mit kaltem Wasser u. beliebiger Seife!
Erspart Ärger und Verdruß!
Reinigt sich in 1 Minute spielend leicht!



Einzelverkauf:
Kleiner Berlin 2, Eingang Sternstr.

Sicherheits-Spiritusplättchen
Mark 8.-
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 80,
M. d. R.-Sp.-V.

Wohnungs-Einrichtungen

in nur solider Ausführung

zu
Mk. 400 500 600 700 800 etc.

empfiehlt

G. Schaible.

Grosse eigene Werkstätten
Grosse Märkerstrasse 26.

Kataloge gratis u. franko. Kataloge gratis u. franko.

Alle Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Walhalla-Theater.

Monat Mai 1912:

Hartstein

der Unverwüsthche, gibt während des Mai-Gastspiels, seine

4 besten u. tollsten Schlager nur deshalb, um allen Gelegenheit zu geben, ihn in seinen 4 Glanz-Rollen zu sehen; da er voraussichtlich, wegen anderweitigen Verpflichtungen, in den nächsten 5 Jahren nicht mehr nach Halle kommen kann. Man muss **Hartstein** in **jedem Schwank** gesehen haben. **Niemand** wird die köstlichen Lachstunden vergessen!

Erstes Gastspiel: Mittwoch den 1. Mai.

Walhalla-Theater.
Heute, Freitag:
(Anfang 8 1/4 Uhr) **Die rote Mühle (La Moulin rouge).**
Grösstes Sensationsstück in 8 Bildern nach einem Roman von Emile Zola.
Deutsch von Gustav Gollbach. Musik von Victor Holländer.

Gebr. Kroppenstädt, Möbelfabrik,

Gegründet 1856. Halle a. S., Gr. Märkerstrasse 4, Gegründet 1856.
Kunst-Möbelfabrik. — Innenarchitektur.



Können Sie rechnen und beurteilen? Können Sie sehen und einen Unterschied in Qualität u. Ware feststellen? Sicherlich doch wohl! Nun, so werden Sie ohne Mühe herausfinden, dass wir Ihnen heute hiermit etwas ganz Hervorragendes, etwas Schönes u. Preiswertes bringen, denn dieses echt Eiche furn. Schlafzimmer mit Intarsien kostet bei uns nur **477 Mk.**, bestehend in:
1 Garderobeschrank, 3tlg., m. Spieg. 1 Waschkommode mit Spiegel,
2 Bettstellen, fein gewachst, 2 Nachtschilde, 2 Stühle
2 Matratzen. 1 Handtuchständer
Dasselbe Zimmer in feiner Imitation in Satin, Eiche, Nussbaum etc. 364 Mk.

Kinderwagen- und Sportwagen-Neuheiten.
Grosse Auswahl. — Sehr mässige Preise.
Theodor Lühr, Leipzigerstrasse 94.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Von abends 7 Uhr ab **Sonnabend** im **Central-Theater.**
Germania-, Amerikan-, Central-Theater.
Nat. Pinkerton u. die Teufelshöhle
Kriminalroman in 4 Acten.
Spieldauer 1 1/2 Stunde.
— Grösste Sensation des Jahres 1912. —
Preise der Plätze: I. Platz 60 Pf., II. Platz 40 Pf., III. Platz 25 Pf.
Vorzugskarten haben keine Gültigkeit.

Gesition der Sadierer, Halle a. S.
Sonnabend, den 27. April 1912, abends 8 Uhr,
im Gasthof zur deutschen Eiche, Radewell:
Mitglieder-Versammlung.
Um zahlreiches Erscheinen erucht Der Vorstand.

Eilenburg.
Sonntag den 28. April vorm. 11 Uhr
im **Tivoli:**
Große Volks-Versammlung
Tagesordnung:
Die neue Wehrvorlage.
Referent: Reichstagsabgeordneter **Gustav Rautz.**
Zahlreiches Erscheinen zu dieser wichtigen Versammlung ist notwendig.
Zur Weisfeier
findet vorm. **Versammlung** im **Tivoli**
10 Uhr eine **Versammlung** statt.
Referent: Redakteur **Paul Hennig, Halle.**
Nachmittags:
Konzert und Kinderbelustigungen.
Genossen! Die würdigste Weisfeier ist die Arbeitsruhe an diesem Tage.
Agitiert dafür!

Ahlsdorf. Ahlsdorf.
Vieh-Versicherungs-Verein.
Sonntag den 5. Mai er., nachm. 3 Uhr, im Lokale
des Herrn Albert Thurm in Ahlsdorf:
General-Versammlung,
wozu die Mitglieder freundlichst eingeladen werden.
Der Vorstand.

Eisleben Ortskrankenkasse VII Eisleben
Sonntag den 28. April 1912, nachmittags 3 Uhr,
im Lokal „Hohenzollern“, Kreisfeldergasse:
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Rechnungslegung. 2. Wahl zweier Revisoren und Erziehung eines Vorstandsmitglied. 3. Berichtes.
Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
Der Vorstand.

Konsum-Verein Wittenberg, Friedrichstadt.
Die Mitglieder des Konsum-Vereins werden zu einer
Vorbesprechung
wegen wichtiger Konsum-Angelegenheiten am **Sonnabend** den
27. April, abends 9 1/2 Uhr, im Mehlischen Lokale hiermit
eingeladen. Mehrere Mitglieder.

Arb.-Radl.-Verein Empor, Diemitz
Mitglied des Bundes Freieit.
Sonntag den 28. April von nachmittags 4 bis
12 Uhr in den **Trotzack-Saalen:**
Vergnügen verbunden mit
Reigenfahrten.
Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Vereinigt. Kegelklubs
Sonntag den 28. April von nachmittags 4 Uhr ab im
grossen Saale des Volksparks
Frühlings-Ball
Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.
Hüte bis zu den feinsten Marken, stets Neuheiten,
elegante Klapp- und Seidenhüte, ge-
dignete Auswahl.
Gustav Richter, Gr. Klausstr. 35.

Apollo-Theater
Direktion: Gustav Poller.
Tages-Programm der
Jungbühnel-Sänger.
Aufg. d. vorz. Colophon
zum Schreien **Hoffen**
Komische
„Die Liebe auf dem Esenkopf.“
„Der Graf von Luxemburg.“
Ende des Gastspiels un-
widerruflich am 30. April.

Stadt-Theater
in Halle a. S.
Direktion: Geh. Hofrat K. Richards.
Sonnabend d. 27. April:
216. Abonnement-Vorst. 4. Viertel.
Zum letzten Male:
Cailleria rusticana
Oper in einem Aufzuge
von Pietro Mascagni.
Serauf:
Der Barbier von Sevilla.
Komische Oper in 2 Akten
von Rossini.
Kassendfening 7, Anfang 7 1/2 Uhr,
Ende gegen 11 Uhr.
Sonntag den 28. April 1912:
Nachmittags 3 1/2 Uhr:
Fremden-Vorstellung zu er-
mächtigten Preisen.
Der Verschwender.
Zaubermärchen mit Gesang
und Tanz in 3 Akten, von Ferdinand
Raimund. Musik v. K. Kreuder.
Abends 7 1/2 Uhr:
217. Abonnement-Vorst. 1. Viertel.
Bestes Gesspiel
des Hofoperuffingers
Hans Bergmann:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten
von H. M. Wiener u. E. Ger-
baum. Musik von Leo Fall.
Passage-Theater
Singerstrasse 88.
Programm-Wechsel
jeden Mittwoch und Sonnabend.
Besitz der Verlobten.
Wochentags prägte 4 Uhr.
Sonntags und Feiertags 3 Uhr.

Bohnen,
Stangen- u. Buschbohnen,
grün- und gelbschotig,
Erbsen,
Insel-, Hart- und Weich-Erbsen,
hohe, halbhöhe u. niedrige.
Gurken,
lange Schlangen, mittelange
und kurze Trauben.
Bettiche,
Mit, Sommer- und Winter-Bettiche,
weiss, gelb und schwarz,
sowie alle Arten
Gemüse-Samen,
als: Radise, Petersilie,
Blaustielkohl, Kohlrabi, Kraut,
Dill, Majoran, Spinat,
Rapskohl, Kürbis, Salat-
rüben, Melonen etc.
Blumen-Samen
in dankbaren
farbenprächtigen Sorten.
Gras-Samen,
rohrs, hochkörnig, Mischung.
Blumen-Zwiebels,
als: Gleditsien, Begonien;
farner: Echinopsis, Eranthis,
Nelken, Staudenmalve, Clematis,
Farne, Erdbeeren etc.
Champignon-Brut,
Raffinad, Diagonmittel,
Bismarck, Gartengeräte,
Vogelfutter.
Moritz Bergmann,
Samen-Handlung,
Markt 20, Telefon 107.

Kaufe morgen,
Sonnabend, den 27. April,
jeden Volkes Junge u. alte
Kanarienhähne
und **Weibchen.**
Sahle hohe Preise.
Otto Schenker,
Friedrichstrasse 4 post.
Parteischriften empfiehlt die
Botschaftsbund.